

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

158 (11.7.1914) Erstes Blatt

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.
Geschäftsstunden: 7 bis abends 17 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.
Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Taschensrate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Par-
teivorstand den diesjährigen Parteitag auf
Sonntag, den 13. September, abends 6 Uhr (nicht 8 Uhr
wie im ersten Aufruf gesagt)
nach dem Guttenschen Garten in Würzburg,
Viehwehstraße 2, ein.

Die Eröffnung und die Konstituierung des Parteitages
werden am 13. September stattfinden.

Die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung soll
am Montag, den 14. September, zu Beginn der Sitzung,
vergenommen werden.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
a) Allgemeines. Referent: L. Bieß.
b) Kassenbericht. Referent: D. Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: W. Bod.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Ref.: E. Vogtherr.
4. Militärstaat und Demokratie. Referent: Dr. Lentzsch.
5. Wirtschaftspolitik und Koalitionsrechtshetze. Referent:
S. Wolfenbühr.
6. Bericht vom Internationalen Kongress in Wien.
Referent: S. Haase.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission
und des Ories, an dem der Parteitag 1915 statt-
finden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für
den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stel-
lung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte
zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts
unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge der Parteioorganisationen müssen späte-
stens am 15. August im Besitze des Parteivorstandes,
Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3,
sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10
Absatz 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ ver-
öffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Auf-
nahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene
Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der
den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden
dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der ge-
wählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald
mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mit-
teilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die
Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des
Lokalkomitees lautet:

J. Schäfer, Würzburg, Semmelstraße 46, I.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab
durch das Parteibureau versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Berlin, 9. Juli 1914.

Der Parteivorstand.

Das Urteil über den Landtag 1913/14

geht in der Presse der verschiedenen Parteien sehr weit
auseinander. Am zufriedensten äußert sich die Zentrums-
presse und sie hat auch alle Veranlassung dazu. Auch das
Regierungsorgan, die „Karlsruher Zeitung“, spen-
det dem verflorenen Landtag volles Lob und dies, obwohl
keine positiven Leistungen recht erheblich hinter denjenigen
seiner Vorgänger zurückblieben. Auf der „mittleren
Linie“ bewegt sich das Urteil der nationalliberalen Presse,
die wie immer, wenn es sich um die Beurteilung kritischer
politischer Situationen handelt, sich der Selbsttäu-
schung hingibt.

Zutreffend sagt der „Bad. Beobachter“ sein Urteil
dahin zusammen, daß der verflorenen Landtag eine „Besse-
rung der politischen Lage“ gebracht habe — natürlich nur
für das Zentrum und seine konservativen Trabanten.
Daß der „Bad. Beobachter“ daran keine Hoffnungen knüp-
fen will, „die in den Tatsachen keine Begründung finden“,
ist ohne weiteres erklärlich, denn so weit ist die „Besse-
rung“ der politischen Lage noch nicht „fortgeschritten“, um
beim Zentrum Hoffnungen zu erwecken, die man einflü-
seln schon aus Gründen taktischer Klugheit noch im

Bufen bewahrt. Das Zentrum macht es nicht wie die
Nationalliberalen, die so tun, als hätten sie auf dem
letzten Landtag besonders große Erfolge erzielt.

Die „Bad. Landeszeitung“ täuscht sich selbst
und ihre Leser, wenn sie meint, es werde im Hinblick auf
die „weitsichtige“ Taktik der Nationalliberalen dem Zen-
trum bei künftigen Wahlen weniger leicht gelingen, die
Einsichtigen zu betören und die Unsicheren kopfsicher zu
machen. Das besorgen jetzt die Nationalliberalen
— die dem Zentrum die Arbeit für die künftigen Wahlen
ungemein leicht gemacht haben. Es klingt wie blutiger
Hohn, wenn die „Bad. Landeszeitung“ behauptet, die
nationalliberale Partei habe „sofort“ begriffen, wohin ein
allzuenger Zusammenschluß der Parteien der Linken bei
den Wahlen führe und sie habe sich deshalb entschlossen,
ihre parteipolitischen und programmatischen Sonderinter-
essen mit mehr Nachdruck als früher zu vertreten. Es wäre
von Interesse zu erfahren, in was denn eigentlich die
„programmatischen“ Sonderinteressen der nationalliberalen
Partei bestehen. Vielleicht darin, daß die national-
liberale Fraktion in sehr wichtigen Fragen wie ein Kar-
tenhaus auseinandergelassen ist? Oder etwa in dem
Umfall der nationalliberalen Fraktion in der Frage der
Wändener Gejandtschaft?

Es ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln, wenn die
„Bad. Landeszeitung“ glauben machen will, die National-
liberalen hätten das Opfer einer taktischen Schwächung
der Position der Linken bei den letzten Landtagswahlen
im Interesse einer „weitsichtig orientierten Politik des
Antiflerikalismus“ gebracht. Herr Wader wird
sich ins Häufchen gelacht haben, als er diesen Satz gelesen
hat. Die „weitsichtig orientierte Politik des Antiflerika-
lismus“ der Nationalliberalen bestand darin, daß das Zen-
trum die Nationalliberalen als in Kulturfragen für
bündnisfähig erklärte. Die dagegen von Herrn
Rebmann eingelegte Verwahrung kam erstens reich-
lich spät und zweitens hat sie praktisch keinen Wert, so
lange ein großer Teil seiner Fraktionskollegen dem Zen-
trum in den Kulturfragen so weitgehende Konzessionen
macht, wie dies auf dem letzten Landtag geschehen ist.

Wie kann man überhaupt von einer weitsichtig ori-
entierten Politik des Antiflerikalismus“ sprechen angesichts
der Tatsache, daß die nationalliberale Fraktion gerade im
Kampfe für die Erhaltung der Gewissensfreiheit die So-
zialdemokraten und Fortschrittler im Stiche gelassen und
sich auf die Seite des Zentrums und der Regierung ge-
stellt hat? Seit mehr als einem halben Jahrhundert hat
die nationalliberale Partei im Kampfe gegen den
Klerikalismus keine so jämmerliche Haltung eingenom-
men, wie auf dem letzten Landtag. Mit Recht schreibt
Dr. B. in einem Artikel des „Bad. Landeshoten“,
daß man heute von einem liberalen Baden im alten Sinne
nicht mehr reden könne und daß die Mehrheit der
Linken keine wirklich liberale Arbeit mehr fertig bringe.
Die Schuld dafür liegt einzig und allein bei den National-
liberalen, deren „weitsichtig orientierte Politik des An-
tiflerikalismus“ darin besteht, daß sie schon bei der Auf-
stellung der Kandidaten die weitgehendste Rücksicht auf
den Klerikalismus nehmen. Der konservative
Flügel der nationalliberalen Fraktion ist heute schon so
stark, daß er der Politik der Nationalliberalen Ziel und
Richtung gibt. Daß die Nationalliberalen bei den letzten
Wahlen einen Mandatserfolg erzielt haben, verdanken sie
nicht ihrer „nach großen sachlich orientierten Gesichtspun-
ten“ betriebenen Politik, sondern dem Umstand, daß sie die
taktische Position des Großblocks bei den letzten Wahlen
geschwächt und zum Danke dafür von Herrn Wader
mit einigen Mandaten belohnt wurden.

Unter solchen Umständen konnte auch die politische
Schwenkung der Regierung nicht mehr überraschen. Wenn
das Zentrum trotzdem mit den gegenwärtig noch amtierenden
Ministern nicht ganz zufrieden ist und ihnen nicht über
den Weg traut, so von seinem Standpunkt aus mit Recht.
Die Herren v. Dusch, v. Bodman und Böhm können
so, sie können aber auch anders, d. h. sie sind politisch
äußerst unzuverlässige Kantonten. Herr Wader hat
sie als „nicht ausgereifte Leute“, er hätte sie zutreffender
als Kleriker charakterisiert. Ihrem Ministerpostensie
zuliebe verzichten diese „liberalen“ Minister auf ihre
bessere politische Ueberzeugung. Das ist bei mehr als
einer Gelegenheit auf dem letzten Landtag mit aller nur
wünschenswerten Deutlichkeit hervorgetreten und dies nicht
nur bezüglich der Stellungnahme gegenüber der Sozial-
demokratie.

Darin besteht der unbestrittene, wenn auch mit den
struppellosesten Mitteln errungene Erfolg Waders bei
den letzten Landtagswahlen, daß er die Widerstandskraft
der Nationalliberalen gegen die drohende Klerikal-konser-
vative Gefahr gebrochen und die liberalen Minister
zu einem willfähigen Werkzeug der Wadertaktik degradiert
hat. Infolgedessen wird, entgegen der in der „Bad.
Landeszeitung“ vertretenen Auffassung, das Zentrum bei
den künftigen Wahlen noch leichteres Spiel haben, als bei
den Wahlen im Jahre 1913. Ist das Zentrum erst am
Ruder, dann werden die „liberalen Staatsmänner“, die
sich ihm auf dem Landtag 1913/14 so dienstbar gemacht

haben, die ersten sein, die über die Klinge springen müssen,
vorangeführt, daß sie nicht schon vorher das Opfer ihrer
„staatsmännischen Weitsicht“ geworden sind. Die National-
liberalen aber werden bis dahin endgültig ihre Rolle in
der badischen Politik ausgespielt haben. Jedenfalls geben
sie sich einer großen Täuschung hin, wenn sie glauben, die
Sozialdemokratie wird sich bei den künftigen Wahlen in
dieselbe Position drängen lassen, in welcher sie sich bei den
Landtagswahlen im Jahre 1913 befand. Zur Schleppt-
trägerin einer nationalliberalen Mandatspolitik
wird die Sozialdemokratie sich nicht hergeben. Es ist
völlig ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie
die Nationalliberalen bei den Wahlen nochmals unterstützt,
wenn die Nationalliberalen gleichzeitig auf die
Unterstützung des Zentrums spekulieren. Eine solche
„Großblocktaktik“ wird die Sozialdemokratie auf keinen
Fall mehr mitmachen, denn an einer unter konser-
vativem Einfluß stehenden nationalliberalen Partei hat
die Sozialdemokratie keinerlei Interesse. Es muß endlich
eine klare politische Situation geschaffen werden. Ent-
weder geht der Kurs nach links oder er geht nach rechts.
Die Sozialdemokratie muß es ablehnen, die politische Situa-
tion verschleiern zu helfen, um den Nationalliberalen
bei den Wahlen Gelegenheit zu geben, im Trüben fischen
zu können.
W. K.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913.

Die letzte Nummer des christlichen Zentralblattes ent-
hält den Bericht des Kölner Generalsekretariats über den
Stand der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913. Wie
die Gewerkschaften S. D. und die freien Gewerkschaften, so
sind auch die christlichen Organisationen im Berichtsjahre
nicht von Mitgliederverlusten verschont geblieben. Der
Bericht führt diese zunächst auf die gedrückte Wirt-
schaftslage zurück, dann aber macht er mehrere
Spalten hindurch krampfhaft Versuche, zu beweisen, daß
die Gesamthaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewe-
gung einer gesunden Entwicklung des Gewerkschafts-
gedankens nicht förderlich gewesen sei. Die sozialdemo-
kratische Bewegung habe die gegenwärtige sozialpolitische
Reaktionsperiode auf dem Gewissen, hinzu komme
ihre „negative parlamentarische Tätigkeit“. Aber, Gott sei Dank,
es zeige sich jüngst in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung das Bestreben,
sich den bürgerlichen Sozialreformen zu nähern, um mit
diesen gemeinschaftlich das nachzuholen, was mit der sozial-
demokratischen Molierpolitik bisher nicht erreicht werden
konnte. Diese Schwankung sei nichts weniger als eine
umfassende, unumschränkte Anerkennung der Politik der
christlichen Gewerkschaften!

„Was den christlichen Gewerkschaften bisher als Verrat
an der Arbeiterklasse mit Schimpf und Verdächtigung zu be-
rechnen gesucht wurde, erscheint jetzt auf einmal als der neue
Weg, um der Arbeiterschaft zu praktischen, positiven Erfolgen
zu verhelfen! Eine solche aus der unmittelbarsten Erfahrung
geborene Anerkennung ist von der allergrößten Bedeutung
und geeignet, die Position der christlichen Gewerkschaften für
die Zukunft weiter zu festigen.“

Wir sehen, für das Generalsekretariat gibt es keine
Blüte, aus der es nicht Honig saugen kann. Nach ihm
ist es ein Unglück, daß die sozialdemokratische Bewegung
überhaupt existiert. Wäre sie nicht da, so könnte Adam
Stegerwald das ganze Arbeitervolk unter dem christlichen
Gewerkschaftsbanner sammeln, keinem Reaktionsär würde
es einfallen, störend in die Gewerkschaftsbewegung einzu-
greifen, und in den parlamentarischen Körperlichkeiten wäre
stets Hochkonjunktur für eine sozialpolitische Gesetzgebung.
Heidi, wäre das ein Wonnezustand! So aber steht die
Sozialdemokratie dieser paradiesischen Entwicklung im
Wege. Sie, die nach der Ansicht des Leiters des christlichen
Generalsekretariats, Adam Stegerwalds, nicht die gerin-
gste Existenzberechtigung hat, erlaubt sich, da zu sein
und Millionen von Arbeitern als Anhänger zu haben. Der
Sozialismus beging nach der Ansicht vieler Leute ein Ver-
brechen, als er die Arbeiterschaft aufrief, ihren inneren
Wert in der Gesellschaft zu erkennen. Auf ihm lastet der
Fluch, in der Brust des Jahrtausends hindurch geknechteten
Arbeitsklaven die Menschenwürde erweckt und
ihn zum Kampf gegen Unrecht und Ausbeutung aufge-
rufen zu haben. Der Sozialismus hat die Arbeiterklasse
mit den Lehren der Disziplin und Solidarität bekannt
gemacht, hat sie mit Kampfesfreude erfüllt. Welche In-
famie! Und ist es nicht unerhört, daß die freien Gewerks-
chaften so erfüllt und durchsetzt von sozialistischem Geist
sind, daß sie in der ganzen Welt als die anerkannt muster-
gültigsten Arbeiterorganisationen dastehen, gehäht und ge-
fürchtet von allen Scharfmachern, Reaktionsären und son-
stigen Arbeiterfeinden. Warum haben die deutschen Ar-
beiter mit der Gründung von Organisationen nicht solange
gewartet, bis die Stegerwald, Giesberts, Bruft, Behrens
und Konforten auf der Bildfläche erschienen, warum singen
sie schon an, ihre Häupter zu erheben, als die Sturmtrum-
pete des kommunistischen Manifests die Reveille blies!

Gott... Ich weiß, ich werde die ganze Nacht nicht schlafen können und nur immer davon denken... (mit erhebener Stimme): Reicht Du, Du hast den Glauben in mir geteilt!

Aus der Weltanschauung für Sozialdemokratie und Graphik in Leipzig.

Käthe beschließt, sein, wenn er hauptsächlich die Exekution eines... (Text ist sehr klein und schwer lesbar)

So etwas erscheint den erhabenen christlichen Gewerkschaftsführern verkehrt, das macht sie ganz woff! Für sie hat die Sozialdemokratie keinen größeren Fehler begangen, als den, überhaupt da zu sein. Existierte sie nicht, dann brächten die Reaktionäre keine auf sie zugeschnittene Sammlungs- und Verfolgungspolitik zu treiben. Dies Urteil des christlichen Generalsekretärs im „Zentralblatt“ wirkt nicht einmal hart, sondern nur erheitend.

Wenn nun aber in dem Bericht weiter gesagt wird, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung so quasi den Bremskloß der sozialpolitischen Gesetzgebung bildet, so triefet dieser Vorwurf von einer Heuschrecke, die nicht zu überbieten ist. Die Sozialdemokratie stellt im Interesse der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten in den Parlamenten die berechtigten Forderungen, die bürgerlichen Parteien lehnen sie ab oder die Regierungen widerlegen sich ihnen — aber was liegt dem Berichterstatter im Zentralblatt näher, als diejenigen zu beschimpfen und zu verleumden, die diese Forderungen zugunsten der Arbeiter aufstellen! Es ist wenig christlich, die Sozialdemokratie für das verantwortlich zu machen, was ihre Gegner verschulden. Unvorsichtig aber ist es, daß in dem Jahresbericht auf die Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstage anlässlich der Beratungen der Reichsfinanzreform hingewiesen und sie als mangelhaft hervorgehoben wird. Die Sozialdemokratie hat sich 1909 gegen die Steuerbedrückung der armen und ärmsten Arbeiter gewendet, hat die Interessen auch des letzten christlich-organisierten Arbeiters vertreten, während die christlichen Arbeiterabgeordneten den Volksbedürfnissen die Steigbügel gehalten haben. Genau so trieben diese es bei der Durchpeitschung der Reichsversicherungsgesetzgebung, wo die Sozialdemokraten gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten und ihre Helfershelfer sogar Forderungen verteidigen mußten, die von den christlichen Gewerkschaften und ihren Kongressen selbst vorher aufgestellt worden waren. Das kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Ob die Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen Geld gekostet hätte oder nicht, ob sie noch so bescheiden und berechtigt waren, sie wurden mit Hilfe christlicher Gewerkschaftsführer niedergedrückt! Und die gleichen Leute stellen sich dann hin und erklären, die sozialdemokratische Partei habe eine negative Politik getrieben! So oft das christliche „Zentralblatt“ diesen Vorwurf erhebt, muß es sich schon gefallen lassen, daß vernünftig denkende Leute diesen Vorwurf als gemeinen Schwindel tieferhängen.

Die christlichen Gewerkschaftsführer brauchen ja nicht christlich handeln zu lernen, sie sollten aber wenigstens soviel Ehrlichkeit im Kopfe haben, um die Wirkung beurteilen zu können, die solche niederträchtigen und gemeinen, fortgesetzt wiederholten Beschuldigungen nach sich ziehen müssen. Diese Wirkung zeigt sich gewerkschaftlich — und darauf kommt es bei Beurteilung der Vorwürfe nicht wenig an — schon in dem heiderseitigen Stärkeverhältnis der christlichen und freien Gewerkschaften. Die erbärmliche Kampfweise der christlichen Gewerkschaftsführer, ihr an Blödsinn grenzender Haß gegen die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter und gegen deren Organisationen ist eine der Hauptursachen, daß es trotz aller angewandten Mühen mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht vorwärts gehen will. Dafür zeugt ganz besonders der Arbeiterverrat des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter beim großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Das „Zentralblatt“ bestätigt es, daß die christliche Bergarbeiterorganisation in den Jahren 1912 und 1913 21 192 Mitglieder verloren hat. Allerdings hat auch die freie Bergarbeiterorganisation durch die Streiks, die durch die Schuld des christlichen Gewerkschafts verloren gingen, Verluste an Mitgliedern gehabt, relativ und prozentual aber weniger als der Gewerkschaft. Verluste, wie die des Bergarbeiterverbandes, bucht nach verlorenen Schlachten jede Organisation. Aber das „Zentralblatt“ ist bisher nie mißde geworden, den Streikbruch als „großen moralischen Erfolg der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ hinzustellen; und nun sehen wir, daß der gefeierte „Sieger“ mehr als ein Viertel seiner gesamten Mit-

glieder verloren hat! Ohne diesen gewaltigen Rückgang hätten die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die Krise im Jahre 1913 gar ohne Mitgliederverluste überstanden. Also am Anschauungsunterricht fehlt es nicht. Und wenn das der christlichen Gewerkschaftsführung als Behrntel noch nicht genügt, dann mag sie die Gesamtentwicklung der christlichen und freien Gewerkschaften studieren.

Die christlichen Gewerkschaften bestehen nun schon 20 Jahre, sie haben keine Zeit durchgemacht, die diese Entwicklung gewaltig gefördert hätte. Am Jahreschluß 1913 zählten sie 341735 Mitglieder, Ende 1912: 350930 und Ende 1911: 350574 Mitglieder. Stolz braucht die christliche Heerführung also auf ihren gewerkschaftlichen Anhang nach zwanzigjähriger, von tausend Seiten unterstützter Agitationsarbeit nicht zu sein. Es hat eine Zeit gegeben, wo die christlichen Gewerkschaften bessere Waffenbrüderchaft mit den freien Verbänden hielten, wie in den letzten Jahren. Dafür ging es früher auch schmäler und lebhafter mit ihnen voran; nachdem aber ein christlicher Streikbruch den anderen jagt, ein Verrat dem anderen folgt, geht es nicht mehr vorwärts, mag die Konjunktur gut oder schlecht sein. Vermag die christliche Gewerkschaftszentrale hieraus denn gar nichts zu lernen?

Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahr 7177764 Mark, davon waren reine Mitgliederbeiträge 6308245 Mark; die Ausgaben betragen 6102688 Mark und der gesamte Vermögensbestand am 31. Dezember 1913 belief sich auf 9682796 Mark. Für Streik- und Gemahregelungen wurden 989631 Mark ausgegeben, an sonstigen Unterstützungen 1509007 M. Für Agitation wurden 775638 Mark aufgewendet, für persönliche Verwaltungsausgaben 191959 Mark und für sachliche Verwaltung 304040 Mark; der Anteil der Lokalkassen betrug 1192429 Mark. Die Ausgaben für Verwaltung und Agitation halten sich so ziemlich die Waage mit den Ausgaben für Streiks und Unterstützungsarbeiten.

An Streiks fanden statt:

	Anzahl	Beteil. Personen	
	1912	1913	
Angriffstreiks	250	234	
Abwehrstreiks	77	72	
Ausperrungen	32	35	
		1912	1913
Angriffstreiks	250	8599	6672
Abwehrstreiks	77	1345	1608
Ausperrungen	32	3180	12756

Das ist alles, was an Mitgliedern in ersten wirtschaftlichen Kämpfen vermindert war; die meisten Ausgesperrten — in Krefeld und Bocholt — wurden so frühzeitig von den christlichen Gewerkschaftsführern vom Kampfplatz zurückgerufen, daß von einem wirklichen Kampf in diesen Fällen gar nicht geredet werden kann. Die abgeschlossenen Tarife, über die Zahlen nicht angegeben sind, konnten meist auch nur im Schatten der freien Gewerkschaften mitgerichtet werden. Ohne die Kraft dieser Organisationen läße es mit dem christlichen Tarifwesen windig aus.

Wir haben keine Lust, die Zahlen aus der freien Gewerkschaftsbewegung, die auf obige Zahlen Bezug nehmen, zum Vergleich heranzuziehen. Das aber kann gesagt werden: Mühen sich die deutschen und auch die christlich organisierten Arbeiter auf die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften allein stützen, es läße jämmerlich mit ihnen aus. Man versteht daher wirklich nicht, woher die christlichen Gewerkschaftsführer den Mut nehmen, die freien Verbände, überhaupt die sozialdemokratische Bewegung in solcher Weise zu bekämpfen, wie es fortgesetzt geschieht. Sie hätten alle Ursache, sich dankbar zu erweisen, anstatt gehässig zu sein. Aber wie sagte August Brunt: Wenn die Katen nicht so geschildert werden, wie wir es tun, und wie das auch im „Zentralblatt“ fortgesetzt geschieht, — laufen schließlich die christlichen Arbeiter alle zur sozialdemokratischen Bewegung über!

Es könnte uns reizen, an dieser Stelle die „Annäherung der freien Gewerkschaften an die bürgerlichen Sozialreformer“ zu besprechen. Die christliche Zentrale legt — wie wir sehen — viel Wert darauf, wir nicht mehr als nötig. Jedenfalls haben wir keine Ursache, das Gute, das

die bürgerlichen Reformer wollen und bezwecken, zurückzuweisen. Es gibt sogar Fragen, in denen beide Richtungen zusammen arbeiten können, aber die künftige Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung hängt von diesem Zusammenarbeiten nicht ab. Diese Feststellung mag dem Zentralblatt für heute genügen. Auf den von ihm gebrachten Bericht werden wir noch zurückkommen, vielleicht gehen wir dann auf diese Frage näher ein.

Deutsche Politik.

Gegen die Koalitionsrechtshege.

rahmt der Gauverband der evangelischen Arbeitervereine in Schlesien auf seiner Tagung in Sagan Stellung. In einer Resolution wird gesagt, daß die berufliche Organisation das einzige wirksame Mittel sei, um eine gerechte Regelung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Nachdem den Mitgliedern der Anschluß an die christlichen oder bürgerlichen Gewerkschaften empfohlen und der „vielfach ausgedehnte Organisationszwang“ der freien Gewerkschaften getadelt ist, heißt es ausdrücklich: „Die bestehenden Gesetze sind ausreichend, um bei Arbeitsstreitigkeiten Ausschreitungen zu verhüten.“ Was sich die konservativen Abgeordneten dieser konservativen Wähler merken können!

Die Heilige Allianz.

In Sperrschrift bringt der „Berliner Lokalanzeiger“ eine Anklage über „Europas Solidarität“ gegen die groß-serbische Propaganda. Es wird hier festgestellt, daß man sich in Wien und Budapest einstimmen auf Maßnahmen gegen die groß-serbische Agitation im Bereich der bosnischen und herzogewinischen Reichsländer beschränken will. Aber es werde von den weiteren Unterjudungen abhängen, ob Österreich-Ungarn nicht auch in Belgrad energisch vorgehen werde und dann, sagt der „Berl. Lok.-Anz.“ hier selbstverständlich, daß das Deutsche Reich an seiner Seite stehe.

„Ist zwar der Königsmord in Serbien kein unmögliches Ereignis, so hat man es dort bisher doch gewagt, Spießgesellen zu dinge, um sie in einer benachbarten Monarchie blutige Arbeit für großserbische Zwecke verrichten zu lassen. Gegen eine solche Scheußlichkeit eines Nachbarstaates — vorausgesetzt immer, daß sie erwiesen wird — würde sich nicht nur das unmittelbar von ihr betroffene Donaumonarchie mit Unterstützung aufsehen und mit vollem Rechte Sühne heißen, auch die ganze zivilisierte Welt würde sich in diesem Falle mit Abscheu gegen die serbische Nation wenden. In Deutschland aber, das in Serajewo einen Freund und Bundesgenossen verloren hat, würde dann jeder Schritt, den man von Wien aus gegen die Schuldigen unternimmt, volle moralische Unterstützung finden, und auch das antirische Deutschland würde hierbei genötigt nicht nachsehen. Hier müßte sich unsere Zivilisation aufs neue betätigen!“

Das Blatt ist davon überzeugt, daß auch das übrige Europa, gleichgültig ob monarchisch oder republikanisch, die Donaumonarchie bei einem solchen Vorgehen unterstützen werde, denn es müße ein berechtigtes Interesse daran haben, zu wissen, ob sich wirklich ein Staatsverbrechen finde, das nicht nur den Mord seiner eigenen Staatsoberhäupter betreibe, sondern seine Nachbarvölker auch gegen Fürsichtleiten anderer Staaten richten lasse.

Man sieht, die österreichisch-ungarische Regierung, die es doch am nächsten angeht, hält es für zweckmäßig das Resultat der Untersuchungen abzuwarten, ehe sie weitere Schritte unternimmt, aber die deutsche Presse gibt sich habsbürgerlicher als die Habsburger, weil sie nicht will, daß das Eisen kalt werde.

Eine neue Partei.

Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, ist eine neue Partei unter dem Namen „Nationaldemokratische Partei“ gegründet worden. Der Gründer ist der fassiam bekannte Herr Lebus, der der Reihe nach überall abgewirtschaftet hat, wo er sich jetzt betätigt. Ueber die Zahl der Mitglieder der neuen Partei erfährt man vorläufig nichts. In der Hauptsache wird es den Gründern wohl um die Beiträge zu tun sein, die jährlich mindestens 2 Mk. betragen, aber in 2 Raten gezahlt werden können. Wer 100 Mk. auf einmal zahlt, wird Mitglied der Partei

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

62

(Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Sie war nicht die einzige, die vor diesem zum Kerker vermandelten Palais nach einem geliebten Anblick ausatmete. Eine junge Mutter neben ihr heftete ihre Blicke auf ein geschlossenes Fenster, und sobald sie es aufgehen sah, hob sie ihr Kind, das sie im Arme trug, hoch über ihren Kopf. Eine alte Dame im Spitzenkleider stand stundenlang unbeweglich auf einem Klappstuhl und hoffte umsonst auf einen Augenblick, wo ihr Sohn sich zeigte. Der aber spielte, um nicht von Mühnung überwältigt zu werden, im Gefängnis mit der Wurfscheibe, bis der Garten geschlossen ward.

Während dieses langen Harrens unter dem blauen oder grauen Himmel sah ein Mann in reiferen Jahren auf der nächsten Bank. Er war ziemlich dick und sehr sauber gekleidet und spielt mit seiner Tabakdose und seinen Uhranhängeln oder entfaltet eine Zeitung, in der er aber nie las. Er trug die alte bürgerliche Tracht, einen Dreispitz mit goldener Tresse, einen violettrotten Rock und eine silbergestickte, blaue Weste. Sein Aussehen war ehrbar; nach der Mode zu urteilen, die aus seiner Taille hervorlief, war ein Musfiter. Er ließ das verkleidete Mädchen nicht einen Moment aus den Augen, lächelte ihr immerfort zu, und wenn er sie aufstehen sah, so erhob er sich selbst und folgte ihr von fern. In ihrem Glend und in ihrer Vereinsamung fühlte Julie sich durch die zurückhaltende Sympathie, die ihr dieser Wiederkehrmann bezeugte, gerührt.

Eines Tages, als sie den Garten verließ, begann es zu regnen. Der Unbekannte trat auf sie zu, öffnete seinen riesigen roten Regenschirm und bat sie um Erlaubnis, sie damit schützen zu dürfen. Mit ihrer hellen Stimme antwortete sie sanft, daß ihr dies sehr recht wäre. Doch beim Klange dieser Stimme und vielleicht auch wegen des leisen

Braundufths, den sie ausströmte, verließ er sie plötzlich und setzte das junge Mädchen dem Gewitterregen aus. Sie begriff, und trotz ihrer Sorgen mußte sie lächeln.

Julie hauste in einer Dachstube in der Rue du Cherche-Midi, wo sie sich für einen Arbeit suchenden Tuchmachersgehilfen ausgab. Die Bürgerin Gamelin, die jetzt endlich ein sah, daß ihre Tochter nirgends gefährdeter sei, als in ihrer Nähe, hatte sie von der Place de Lionville und aus dem Bezirk Pont-Neuf fortgeschickt und ließ ihr Lebensmittel und Wäsche zukommen, so gut sie vermochte. Julie lockte etwas, ging in den Luxemburg-Garten, um ihren Seig geliebten zu sehen, und kehrte dann in ihr elendes Loch zurück. Die Eintönigkeit dieses Lebens lullte ihren Kummer ein, und da sie jung und kräftig war, so schlief sie des Nachts tief und fest. Von jedem Charakter, an Abenteuer gewöhnt und wohl auch durch die Kleidung, die sie trug, kühn gemacht, ging sie nachts bisweilen zu einem Diamantenverkäufer in der Rue du Four. „Zum roten Kreuz“, wo Leute aller Art und galante Frauen verkehrten. Dort las sie Zeitungen und spielte Tridtrac mit irgend einem Rodenschwengel oder einem Soldaten, der ihr mit seiner Pfeife ins Gesicht qualmte. Dort wurde getrunken, gespielt, geliebt und nicht selten kam es zu Schlägereien. Eines Abends hörte ein Becher Suffoch auf dem Plaster der Straßenzugung. Er hob den Vorhang und erkannte den Kommandanten der Nationalgarde, den Bürger Sanriot, der mit seinem Stabe vorbeigaloppierte.

„Das ist Kobespierres Felsgarde“, brumnte er zwischen den Zähnen.

Julie plakte bei dieser Bemerkung herum.

Doch ein schnurrbärtiger Patriot gab ihm kräftig Bescheid:

„Wer so redet, ist ein Hundsfott von Aristokraten. Den soll der Scharfrichter sich langen. General Sanriot, das merkt Euch, ist ein guter Patriot; der wird Paris und den Konvent, wenn es nicht tut, schon beschützen. Das gerade können ihm die Royalisten nicht verbergen.“

Da Julie noch immer lächelte, so blizte der schnurrbärtige Patriot sie herausfordernd an:

„Du Grünhansbel, sieh dich vor, daß ich dir nicht den Trift in den Hintern gebe, damit du Respekt vor den Patrioten lernst.“

Doch schon schrie alles durcheinander:

„Sanriot ist ein Trunfenbold und ein Schafskopf!“

„Sanriot ist ein guter Jakobiner! Sanriot lebe hoch!“

Sofort bildeten sich zwei Partei. Man wurde handgemein. Die Häute lauschten auf die eingeschlagenen Hülte herab, die Tische stürzten um, die Gläser schlugen in Scherben, die Lampen erloschen und die Frauen freisträhten auf. Julie wurde von mehreren Patrioten angegriffen. Sie schwang einen Schemel, wurde zu Boden geworfen, kratzte und biß die Angreifer. Aus ihrem aufgewogenen Carrid und ihrem zerissenen Jabot quoll ihr wogender Aulien hervor. Eine Patrouille eilte auf den Lärm herbei, und die junge Aristokratie entschlopfte zwischen den Weinen der Gendarmen.

Tag für Tag waren die Genterkarren voll Bemerkter. „Ich kann meinen Geliebten aber doch nicht sterben lassen!“ sagte Julie zu ihrer Mutter.

Sie entschlopfte sich zu Wittgängen und allen möglichen Schritten, lief in die Ausschüsse, in die Bureaus, zu den Volksvertretern und Richtern, überall hin, wo es nötig war. Da sie keine Frauenkleider besah, so ließ ihre Mutter sich einen gestreiften Rock, ein Wulsttuch und ein Spitzenhäubchen von der Bürgerin Maife, und so ging Julie, als Frau und Patriotin gekleidet, zum Richter Renaudin, in ein düsteres feuchtes Haus in der Rue Mazarine.

Bitternd stieg sie die mit Steinfliesen belegte Holzstiege empor. Der Richter empfing sie in seinem elenden Arbeitszimmer, in dem nur ein Tisch aus Fichtenholz und zwei Nohrstühle standen. Die Tapeten hingen in Fetzen von den Wänden. Renaudin, ein Mann mit schwarzen, anliegenden Haaren, finsternen Blicken, wulstigen Lippen und vorwiegendem Sinn, winkte ihr zu stehen und hörte sie stillschweigend an.

(Fortsetzung folgt.)

auf Lebenszeit, vorausgesetzt natürlich, daß die Partei solange existiert. Als Zweck der Partei wird angegeben, Deutschland aus der Verjüngung herauszuführen, in die es unter der Herrschaft der jetzt bestehenden Parteien gekommen ist. Herr Lebius wird zweifellos dafür sorgen, daß diese neue Partei nur eine sehr vorübergehende Erscheinung sein wird.

Württembergische Regierung und Jugendbewegung.
Die Nachricht der „Tägl. Rundschau“, daß die württembergische Regierung die gegen die Auflösung der Stuttgarter freien Jugendorganisation gerichtete Beschwerde abgewiesen und beschlossen habe, sämtliche freien Jugendorganisationen in Württemberg aufzulösen, entspricht nicht den Tatsachen. Wie der „Schwab. Merkur“ mitteilt, hat die württembergische Regierung zu der Beschwerde noch keinen Beschluß gefaßt.

Beilegung des Metzstreiks in Niederbarnim.
Am Mittwoch in später Abendstunde ist es gelungen, den Streik der Metzger im Bezirk Niederbarnim zu beenden. Die Verhandlungen fanden im Konferenzsaal des Oberverwaltungsamts für Groß-Berlin statt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in folgenden Sätzen niedergelegt:

1. Der Vorstand des Streikes Niederbarnim als Vorsitzender des Verwaltungskomitees ist nach wie vor bereit, alles zu tun, um die Wahl des Verwaltungskomitees zu beschleunigen. Er erklärt als Vorsitzender der Komitee, binnen längstens einer Woche nach Bildung des Verwaltungskomitees dem Verwaltungskomitee Vorschläge für den Vertrag vorlegen zu wollen.
2. Er ist bereit, anstelle der bisher gezahlten 80000 Mark für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 30. September 1914 die Summe von 100 000 Mk. am 1. Oktober 1914 zu zahlen.
3. Er verpflichtet sich, während des Provisoriums bis zur Beschlußfassung des Verwaltungskomitees oder Schiedsamts mit einzelnen Metzger keine Vorverhandlungen zu führen.

Durch dieses Resultat ermutigt, wollen nun auch die Metzger im Bezirk Oberbarnim in gleicher Weise vorgehen und eb. am kommenden Sonnabend die Behandlung der Kassenpatienten einstellen.

Ein jungkonservativer Reichsverband.
Konservative Blätter melden, daß in Bonn a. Rh. in den ersten Monaten ds. Jrs. ein jungkonservativer Reichsverband gegründet wurde, der alle Deutschen im Alter von 18-25 Jahren sammelt soll. Der Verband will ferner die Rauberei bekämpfen, die unter vielen Gebildeten herrscht und aufklärend wirken in den Kreisen, die von Schlagworten der liberalen Voreingenommenheit beherrscht werden. Der Verband hat sich der Organisation der konservativen Partei, insbesondere dem Hauptverein der Deutschkonservativen angeschlossen.

Der neue konservativ Zweig, der bisher im Verborgenen blühte, scheint nunmehr im politischen Kampfe seine Rolle spielen zu wollen.

Verstärkter Arbeitswilligenschutz.
Das „Berl. Tageblatt“ hatte aus einer Korrespondenz die Mitteilung geschöpft, daß in Preußen auf dem Verordnungswege ein schärferer Schutz der Arbeitswilligen geschaffen werden solle. Die „Berl. Neuzeit“, eines der bekanntesten Scharfmacherblätter hat sofort an maßgebender Stelle Erklärungen eingeholt und stellt nun fest, daß an eine auf dem Verordnungswege erfolgende Revision der Maßregeln zum Schutze Arbeitswilliger im Sinne einer Verschärfung dieser Vorschriften nicht — und wie wir ehrlich genug sind, hinzuzufügen, — leider nicht zu denken ist.

Dagegen soll man nach einer Meldung der „Berl. Morgenpost“ im Reichsamt des Innern damit beschäftigt sein, eine Denkschrift über den angeblichen Terrorismus gegen Arbeitswillige auszuarbeiten, die dann dem Reichstage zugehen soll.

Badische Politik.

Eine Erklärung Waders.

Im gestrigen „Bad. Beobachter“ veröffentlicht Herr Wader endlich den Wortlaut der schriftlichen Erklärung seiner Unterwerfung, die er zu seiner Inhabung dem Erzbiöschöflichen Ordinariat in Freiburg gegeben hat. Die Erklärung lautet im wesentlichen:
„Dem Wunsch des Erzbiöschöflichen Ordinariats Rechnung tragend, habe ich mich bereits mündlich ausgesprochen, gestalte mir aber, auch schriftlich folgendes zu erklären: Angehts der von mir nicht in Frage gestellten Gehörsam-

Theater und Musik.

Interims-Sommertheater.

Am das Hoftheater am Donnerstag seine Pforten für die Dauer von zwei Monaten geschlossen hat, muß das Interims-Sommertheater im Festhallsaal (Dir. Fr. Grunwald) die Theaterbedürfnisse des Karlsruher Publikums ganz allein bestreiten. Die günstige Aussicht auf eine zweimonatliche Konzessionslosigkeit ist für einen Theaterdirektor als Geschäftsman ganz gewiß sehr verlockend; sie legt ihm aber dafür als Künstler gewisse Verpflichtungen auf. Das einzige spielende Theater einer Stadt muß sich zum vornehm-erzieherischen Unterhaltungsfaktor emporschwingen können; denn auch die Darbietungen zu Unterhaltungszwecken sind Grenzen gesetzt, die zu überschreiten einer Vergeßlichkeit des guten, gesunden Volksgeschmacks gleichkäme. Es steht außer allem Zweifel, daß auch eine sorgsam ausgewählte, vornehm geleitete Operette viel zur Allgemeinbildung des Gesandten, zur Veredelung der Unterhaltungsgenüsse und zur Weiterentwicklung volkstümlicher Kunstbegriffe aus dem leichteren Musikgebiet beitragen kann. Jetzt, da die Operette alleinige Herrscherin über unsere Sommerabende geworden ist, glauben wir diese wohlmeinende Ermahnung mit einiger Berechtigung aussprechen zu dürfen. Allerdings können wir gleich die tröstliche Mahnung hinzufügen, daß Direktor Grunwald bis jetzt alles ehrliche Bestreben befandete, sein Operettentheater als einwandfreie Pflanzstätte in oben betontem Sinne zu leiten!

Nachdem die „Königin“ seiner Direktorischen Schaffensfreiheit ein wahrerblenden Erfolg eintrug, brachte eine

pflicht der Katholiken gegenüber dem höchsten Träger kirchlicher Autorität, die in verstärktem Maße dem Priester obliegt, kann es nicht zweifelhaft sein, daß ich mich der vom Heiligen Vater genehmigten Entscheidung der Inder-Kongregation unterwerfe. Indem ich das erkläre, achte ich nur auf das, was das Gewissen mir sagt. Kein anderes Moment hat meine Entscheidung beeinflusst.

Was ich sprach und schrieb, richtet sich in keiner Weise gegen die kirchliche Autorität und deren Träger, sondern ausschließlich gegen Anschauungen und Bestrebungen der Kreise, die unter dem Namen „Integrale“ und „Quertreiber“ bekannt sind. Ich versuchte den Nachweis dafür zu erbringen, daß deren Anschauungen und Bestrebungen unmöglich verwirklicht werden können und daß es wie für das Zentrum, so namentlich für die kirchliche Autorität und deren Träger höchst bedenklich werden könnte, wenn man es versuchen wollte. Die dogmatische und fanatische Seite der Sache, also die Frage nach der Zuständigkeit der kirchlichen Autorität an sich, habe ich mit Bedacht beiseite gelassen, wie ich ausdrücklich bemerkte. Es war also nicht meine Absicht, die kirchliche Autorität in Frage zu stellen, sondern auf die Gefahren für dieselbe hinzuweisen. Niemals habe ich die Meinung geäußert oder ausgesprochen, daß die kirchliche Autorität kein Recht habe, katholischen Politikern im allgemeinen und Zentrumspolitikern im besonderen — seien sie Priester oder Laien — nach irgend einer Richtung hin etwas zu sagen. Es sind aber zwei sehr verschiedene Fragen: ob ein Recht besteht, und ob von demselben Gebrauch gemacht werden soll und gemacht werden kann. Man kann die eine bejahen und doch die andere verneinen müssen.

Das sagt derselbe Wader, der in Essen mit den schärfsten Ausdrücken gegen die „Quertreiber“ und „Stänker“ weltlichen und geistlichen Standes vom Leder zog, was das Zeug hält. Mit feiner jesuitischer Dialektik sucht er aus der Sacklinge zu entweichen, die ihm Rom um den Hals gelegt.

Am Schluß des Artikels schreibt Herr Wader, daß es ihm ganz undenkbar erscheine, daß etwas anderes nach Rom berichtet worden ist. Das Wort hat das Erzbiöschöfliche Ordinariat in Freiburg.

Die gegenwärtige Stimmung im Zentrumsturm
wird in einer Zuschrift an den „Bad. Beobachter“, aus der Feder eines der aktiven Politik fernstehenden Geistlichen, wie folgt wiedergegeben: „Es liegt wie ein Verhängnis“, meint der Artikelschreiber, „über uns deutschen Katholiken. Was haben wir politisch und religiös gearbeitet in den letzten Jahrzehnten! Kein anderes Land kann sagen, daß wir ihm an kirchlicher Treue und Liebe zum heiligen Vater nachstehen. Aber auch kein anderes Land kann sagen, daß ihm so wenig Verständnis in seiner treuen Arbeit entgegengebracht wird wie uns Deutschen. Woran mag die Schuld liegen? Wenn man an das Hirtenschreiben des Bischofs von Como denkt, so wird einem klar: deutsche Verhältnisse sind italienischen Verhältnissen durchaus unbekannt. In Italien fängt man nachgerade an, unmutig zu werden, wenn man sieht, daß jeder Tag neue Ueberrassungen bringt. Der Jubel der liberalen Presse, die sich zu Verteidigern Roms aufwirft, muß auf die katholischen Laien in allen Ständen einen beulenden Eindruck machen. Ein klares, entschiedenes Wort unserer deutschen Bischöfe gegenüber Rom wäre endlich am Platze. Geschieht nichts, so wird sich eine Persönlichkeit wie die andere, die bisher im parlamentarischen Leben im Kampfe für die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche gestanden ist, aus den Reihen der Kämpfer zurückziehen und den Integralen Platz machen, damit diese es besser machen. Den gegenwärtigen, ungesunden Zustand als Kämpfer in der Front längere Zeit zu ertragen, ist zwar moralisch möglich, wenn man sich mit christlicher Geduld wappnet, physisch aber zerrüttet er den, der sich nicht beizeiten zurückzieht.“

Zum Schluß dieses interessanten Stimmungsbildes bemerkt der Einfender, am besten sei gegenwärtig im deutschen Zentrum der daran, der nichts tue oder nur hinter der Front kritisiere; wer aber draußen an der Kampflinie schweren Felddienst leiste, der müsse sich darauf gefaßt machen, dem anonymen, internationalen Konzern der Integralen als Messer geliefert zu werden.

Nach außen hin tut aber die Zentrumspresse so, als ob der gegenwärtige Streit das Zentrum nicht im geringsten berühre.

Zur Diskussion über den Großblod
bringt die „Straß. Post“ in ihrer gestrigen Morgenausgabe einen bemerkenswerten Artikel. Anknüpfend an die von uns abgedruckten Ausführungen des Gen. Weismann in der „Neuen Zeit“, schreibt das Blatt, daß tatsächlich auf die Frage: „Was hat der Großblod verhindert?“ so ziemlich alles ankommt.

Der Artikel schließt:

Die jegliche Bestimmung gegen den Großblod, die sich meist in bitteren Vorwürfen gegen die Nationalliberalen und die Vertrauenslosigkeit der eigenen Führer kundgibt, ist nur der psychologische Rückschlag, den die Heberspannung des Großblodgedankens mit all den daran geknüpften Hoffnungen nach sich zieht. Soll daraus kein Unheil entstehen, so wird man sich in beiden Lagern möglichst offen darüber aussprechen und die Tragfähigkeit des Gedankens einer genauen und sorgfältigen Prüfung unterziehen müssen.

Und da steht nun vor allen Dingen das eine fest, daß der Großblod zur Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Ideale des Sozialismus ein ungeeignetes Instrument ist. Ebenso wenig lassen sich die drei Linksparteien auf der Plattform einer fortschreitenden Demokratisierung des Staatslebens vereinigen, wenn nicht die Eigenart der nationalliberalen Partei dabei in den Großblodgedanken eingeschmolzen werden soll. Und so bleibt schließlich als das einzige verbindende Element die Anerkennung der geistigen Grundlagen unserer Kultur und des modernen weltlichen Staates. Diese Ueberzeugungen sind aber so allgemein und werden von den einzelnen Parteien mit so viel unterschiedenen Modifikationen vertreten, daß sich daraus kaum ein den Augenblick überdauerndes positives Arbeits- und Regierungsprogramm ableiten läßt. Unter solchen Umständen wird man gut tun, den Großblodgedanken auf seinen negativen Aufgabenkreis zu beschränken, und diejenigen, die ihm das Wort reden wollen, müssen vor allem auf das hinweisen, was der Großblod bis jetzt alles verhindert hat. Eine Mehrheit der Rechtsparteien bedeutet eine Bedrohung der Simultan- und eine Entwurzelung der Staatswürde, eine Gefahr für die Wahlfreiheit der Beamten und das Wahlrecht der Staatsarbeiter, die Herrschaft eines unwürdigen politischen Denunziantentums und die Anhebung der Denk- und Gewissensfreiheit im weitesten Sinne des Wortes. So viel auch die Sozialdemokratie über die derzeitigen Zustände in Baden jammert, sie sind doch noch lange nicht so wie anderwärts, z. B. in Bayern. Und sie darf sich bewahren, ist immerhin noch eine Aufgabe, die des Schwertes der Eblen wert!

Das ist alles recht. Aber die Nationalliberalen sind auch in der „Anerkennung der geistigen Grundlagen unserer Kultur und des modernen weltlichen Staates“ schon so weit vor der Reaktion zurückgewichen, daß die jegliche „Bestimmung gegen den Großblod“ in unseren Reihen berechtigte Ursachen hat. Und wenn auf den Liberalismus in wirtschaftlichen Fragen von vornherein nicht zu rechnen ist und in Kulturfragen auch nicht, wo soll da die Begeisterung für ein neues Blodabkommen mit ihm herkommen, auch wenn es gilt, noch einen Rest von Kulturwerten gegen die Reaktion zu verteidigen.

Der Justizrats Titel in Baden.

Die bürgerliche Presse weiß zu berichten: „Durch die vom Großherzog von Baden jetzt vorgenommene Verleihung des Justizrats Titels an 13 Notare in Baden ist nicht nur diesen mit der Ehre ausgezeichneten Notaren, sondern durch die erstmalige Verleihung dieses Titels überhaupt dem Stand der badischen Notare als solchem eine Ehre erwiesen worden. Die badischen Notare sind besoldete Staatsbeamte und für die Verleihung des Rats Titels an sie, gleich wie an die anderen richterlichen, Verwaltungs- und Finanzbeamten des Großherzogtums sprachen Gründe der Gerechtigkeit, denen sich zur großen Genugung der Notare das Groß. Staatsministerium nicht verschließen hat. Wenn in früheren Jahren die Verleihung des Titels an Rechtsanwälte wegen der Möglichkeit politischer Beeinflussung widerraten wurde, so ist dies für die Notare, die in Baden niemals Rechtsanwälte zugleich sein können, ohne Bedeutung gewesen. Mit dem Justizrats Titel stehen die älteren badischen Notare nun den voll juristisch gebildeten Kollegen der anderen deutschen Staaten in der Anredebeziehung gleich, und es wird ungeteilte Anerkennung finden, wenn die dem Rechtsverkehr dienende ausgleichende Berufstätigkeit der Notare in Baden diese sichtbare Anerkennung des Landesherren gefunden hat.“

Die Titelsucht ist eine Manie, die speziell in Preußen und Bayern grassiert. Baden war bis jetzt davon ziemlich verschont. Hoffentlich wird dadurch, daß wir nun schon den „Rechtsrat“ und den „Rechtssekretär“ aus Preußen übernommen haben und jetzt auch noch den „Justizrat“, nicht auch in ihrem Wesen die badische Justiz verpreußt.

Veränderungen in der Freiburger Presse. Die Schriftleitung der „Oberbadischen Volkszeitung“ hat jetzt Herr W. Kiehn aus Mainz übernommen, nachdem der bisherige Leiter, Herr Polmann, am 15. Juni aus der Redaktion ausgeschieden war. — Herr Hans Schöberler verläßt am 1. Oktober die Redaktion der „Freiburger Tagespost“; er ist seit der Gründung des zweiten Freiburger Zentrumsblattes redaktioneller Leiter gewesen.

Gerichtsferien. Am 15. Juli beginnen die Gerichtsferien und dauern nach dem Gerichtsverfassungsgesetze bis zum 15. September. Während dieser Zeit werden nur in dringenden Angelegenheiten Termine abgehalten. Nach § 202 des Gerichtsverfassungsgesetzes sind Ferienfachen: Strafsachen, Arrest- und eine nicht einstweilige Verfügung betreffende Sachen, ferner Weh- und Marktsachen, Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern, zwischen Dienstherrschaften und Gesinde, Beschlüssen und Wausachen, wenn über die Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird. Auf Antrag dürfen auch andere Angelegenheiten als Ferienfachen bezeichnet werden. Auf den Fortgang des Mahnverfahrens, der Zwangsvollstreckung und des Konkursverfahrens haben die Gerichtsferien keinen Einfluß.

Kommunalpolitik.

Eine Ortsbestätigung in Wöffingen. Dem Wunsche der Wähler Wöffingens entsprechend, unternahm die sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion am Sonntag, 5. Juli, eine Ortsbestätigung. Der Besuch hätte ein besserer sein dürfen. Wir hielten es für viel vernünftiger, durch eine Begehung des Orts sich über die bestehenden Verhältnisse persönlich zu überzeugen, wie nur am Besten über alles Mögliche und Unmögliche loszusprechen. Die Herren Gemeinderäte glänzten mit Abwesenheit, trotzdem an sie eine ganz besondere Einladung ergangen war. Dabei hätten es gerade diese Herren am allermeisten, einmal ihren reaktionären Standpunkt aufzugeben und sich etwas mehr um die Interessen der Winderbemittelten zu kümmern, wie es bisher der Fall war. Unsere Bestätigung ergab, daß die Beschwerden, die von verschiedenen Einwohnern bei der Fraktion eingegangen waren, durchaus berechtigt sind. Wir hoffen, daß die Anliegen, soweit sie dem Gemeinderat bereits zugegangen sind, in Wälde geprüft werden und Abhilfe geschaffen wird, damit wir nicht genötigt werden, andere Maßnahmen zu ergreifen. Die Arbeiterkraft möge aber aus diesem Verhalten ersehen, daß es nur die Sozialdemokratie ist, die allein rücksichtslos und tatkräftig die Interessen der Allgemeinheit wahrnimmt. Mögen die Arbeiter daraus die Konsequenzen ziehen und in unsere Reihen eintreten.

Eine zweite Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen. Die von den Städten Mannheim und Ludwigshafen „erzefekt-

Rheinbrückenkommission hielt eine Sitzung ab, in der man sich einmütig zu der Ansicht bekannte, daß es in erster Linie Aufgabe der Ministerien sei, die Brückenfrage zu lösen. Man einigte sich dahin, nur zwei Fragen, die Verbreiterung der jetzigen Rheinbrücke und die Erbauung einer neuen Brücke zwischen der jetzigen Brücke und dem Bahnhof Ludwigshafen einem näheren Studium zu unterwerfen.

* **Bürgermeisterwahl in Schwetzingen.** Bei der gestern mittag erfolgten Bürgermeisterwahl wurden von 82 Wahlberechtigten 82 Stimmzettel abgegeben. Davon entfielen 42, also die absolute Mehrheit, auf den Kandidaten Oberstadtschreiber Max Reinhardt, 39 Stimmen auf den bisherigen Bürgermeister Stellvertreter Pilsch; ein weißer Zettel wurde abgegeben. Reinhardt ist somit gewählt.

* **Ein sozialdemokratischer Bürgermeister.** Bei der Bürgermeisterwahl in Ludwigshafen im Thüringer Wald erhielt der von unserer Partei aufgestellte Kandidat Wäldermeister und Wirt Meyer von 108 abgegebenen Stimmen 71. Er ist somit zum Bürgermeister gewählt.

* **Ein Schwimmbad soll in Fahrnau mit 6000—7000 M. Kosten** errichtet werden, die durch einen außerordentlichen Zuschuß abgedeckt werden sollen.

Soziale Rundschau.

Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Baden.

Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt“ enthält, wie wir schon mitgeteilt haben, die Wahlordnung für die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Baden. Nach dieser Verordnung bilden die Vertreter der vier Oberversicherungsämter in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz je einen Wahlbezirk, deren jeder getrennt wählt. Bis auf weiteres sind im Wahlbezirk des Oberversicherungsamtes Mannheim je vier, in jedem der übrigen Wahlbezirke je drei Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zu wählen. Die Direktoren der Oberversicherungsämter oder deren Stellvertreter leiten die Wahl je für ihren Bezirk. (Wahlleiter.) Wahlberechtigt sind die Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern der einzelnen Wahlbezirke. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Versicherungsvertreter aus den Arbeitgebern nehmen nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber, die Versicherungsvertreter aus den Versicherten nur an der Wahl der Vertreter der Versicherten teil. Die Wahlberechtigten erhalten für die Teilnahme an der Wahl aus der Staatskasse eine Entschädigung. Die Versicherungsämter haben dem Wahlleiter auf seine Aufforderung eine Liste der Versicherungsvertreter einzuschicken. Spätestens sechs Wochen vor dem Wahltag teilt der Wahlleiter den Wahlberechtigten Ort, Tag und Stunde der Wahl, sowie den Wahlbezirk mit der Aufforderung mit, ihm bis zu einem bestimmten Termine Vorschlagslisten einzuschicken. Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und die Versicherten jedes Wahlbezirks getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste hat viermal soviel Namen zu enthalten, als Vertreter der Arbeitgeber oder der Versicherten zu wählen sind. Die vorgeschlagenen Personen müssen in dem Wahlbezirk wohnen. Die vorgeschlagenen sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort, bei Versicherten auch unter Angabe des Arbeitsplatzes, zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Die Vorschlagslisten müssen von mindestens 5 Wahlberechtigten des Wahlbezirks unter Benennung eines für weitere Verhandlungen am Sitze des Oberversicherungsamtes wohnenden bevollmächtigten Vertreters aus der Mitte der Unterzeichner unterschrieben sein. Mit den Vorschlagslisten für die Arbeitgeber ist von jedem vorgeschlagenen eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Wer aus mehreren Listen vorgeschlagen ist, wird vom Wahlleiter aufgefordert, sich binnen einer Frist für eine bestimmte Liste zu entscheiden. Erklärt er sich nicht innerhalb dieser Frist, so wird sein Name auf allen Vorschlagslisten gestrichen. Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so ist keine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten zu freichen. Zwei oder mehrere Vorschlagslisten eines Wahlbezirks können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den anderen Vorschlagslisten gegenüber als eine einzige Vorschlagsliste gelten. Wird in einem Wahlbezirk bis zu dem Wahltermin nur eine Vorschlagsliste von den Arbeitgebern oder den Versicherten eingereicht, so findet bei dieser Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste gültig verzeichneten Personen gelten in der erforderlichen Zahl in der Reihenfolge des Vorschlags als die gewählten Vertreter und Ersatzmänner. Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel sind handschriftlich oder durch Verbrieflichung herzustellen. Die Stimmabgabe erfolgt bei dem Versicherungsamt, bei dem der Wahlberechtigte als Versicherungsvertreter gewählt ist. Die Stimmzettel sind in einem verschlossenen, mit dem Stempel des Oberversicherungsamtes versehenen Umschlag abzugeben. Es darf nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden. Stimmzettel, die von den Vorschlagslisten abweichen, sind ungültig. Die Vertreter werden unter die Vorschlagslisten nach dem Verhältnis der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen verteilt, und zwar in der Reihenfolge der der Größe nach geordneten Höchstzahlen. Die der einzelnen Vorschlagslisten zugefallenen Stimmenzahlen sind in einer Reihe nebeneinander zu stellen und alle durch 1, 2, 3, 4 unter den Zahlen der ersten Reihe aufzuführen. Die Teilung ist fortzuführen, bis angenommen ist, daß höhere Zahlen, als aus den früheren Reihen für die Zuteilung von Sitzen in Betracht kommen, nicht mehr entstehen. Wendete die von Zahlen sind wegzulassen. Sind bei der Verteilung des letzten Sitzes mehrere gleiche Zahlen vorhanden, so entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los.

* **Sozialdemokratische Tendenzen.** Bekanntlich ist in den Augen der meisten Unternehmer beinahe alles „sozialdemokratisch“, was ihren Interessen widerspricht. Wer die Fortführung der Sozialreform fordert, wer einen besseren Schutz der Arbeiterbewegung für überflüssig erklärt und im Gegenteil ein wirksames Koalitionsrecht für notwendig hält, wer in der modernen Arbeiterbewegung einen Kulturfaktor erblickt: kurz und gut, wer sich den Ansprüchen des organisierten Schmarotcherismus in den Weg stellt, der ist für die Unternehmerpresse entweder ein sozialdemokratischer Heber, oder, wenn die Verwendung dieser Worte nach der Stellung des betreffenden doch ihre Schwierigkeiten hat, ein wechselläufiger Theoretiker, ein Phantast oder ein Dummkopf. Das haben auch die Redner, die vor kurzem bei den Veranstaltungen der Gesellschaft für Soziale Reform aufgetreten sind, wieder einmal erfahren müssen. Ehemalige Minister, Geheimräte, Professoren, Sekretäre von Arbeitern und Angestelltenverbänden sind alle in einen Topf geworfen worden; was derselben sie von Arbeiterfragen und Sozialpolitik? Die einzigen, die über diese Gegenstände sich ein Urteil erlauben dürfen und deren Meinung von ausschlaggebendem Einfluß auf die Gesetzgebung werden muß, sind die Unternehmer selbst. Diese geringfügige Ablehnung einer den Interessen der Industriellen abträglichen Theorie wird in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ vom dem Professor Ernst Franke recht hübsch gewertet. Es heißt da: „Es ist die beliebteste Methode, uns das Recht, in der Sozialpolitik mitzusprechen, zu verweigern, weil wir von den praktischen Dingen nichts verstanden. Das ist nun so eine eigene

Sache. Wir erleben es, daß der Reichstag der Westfremdeheit gezeihen wird, wenn er sozialpolitische Gesetze beschließt, dagegen als höchst hochverrätend belacht wird, wenn er schmerzliche Reformen beschließt. Solange ein Beamter aus grünen Tücheln spricht, berichtet er nichts von den Forderungen des praktischen Lebens, scheidet er aber aus dem Amt aus, um seine Dienste dem Zentralverband zu widmen, so ist er plötzlich eine Autorität. Der Professor ist ein überpanneter Ideologe, wenn er für die Arbeiter eintritt, aber ein sehr geschätzter Mitarbeiter, wenn er sich den Unternehmern zur Seite stellt. Man mag aus den Gefilden der Landwirtschaft, vom Rathgeber eines Gymnasiums, aus der Redaktion der Tagespresse, aus den Büros der Rechtsanwaltschaft kommen — sofort ist man sachverständig, sobald man literarisch und agitatorisch die Interessen des Unternehmertums vertritt.“ In der gleichen Richtung liegen zum größten Teile auch die wunderbaren Neutralitätslehren, mit denen man die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter lähmen möchte. Je wirksamer eine Arbeiterorganisation für die wirtschaftliche und rechtliche Verbesserung ihrer Mitglieder eintritt, um so lauter wird sie in der Unternehmerpresse als sozialdemokratisch, religionsfeindlich und antinational verurteilt. Damit hoffen die Schatzmacher in Unternehmertum, Neigungen und Gesetzgebungsbedürfnissen gegen die Gewerkschaften am ehesten mobil machen und ihre weitere Entwicklung aufhalten zu können.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

§ 31 Abs. 1 Nr. 10, Juli.

Als letzter Fall der Tagesordnung der Justizsession des Schwurgerichts kam heute die Anklage gegen den am 12. November 1874 zu Angers geborenen Schreiner Albert Maier und dessen Ehefrau Juliana geb. Lambert aus Weiler wegen

Brandstiftung und Verleumdung zur Verhandlung. Den Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsrat Müller, Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Dr. Sanner, und die Rechtsanwälte Ketter und Großholz hatten die Verteidigung übernommen.

In der Nacht vom 16. auf 17. April d. J. brach im Wohnhaus der Angeklagten Feuer aus, das das ganze Anwesen in kurzer Zeit zerstörte. Der Verdacht, das Feuer gelegt zu haben, lenkte sich alsbald auf die Frau Maier, die zur Zeit des Brandes mit zwei Kindern allein im Hause war, und sie wurde auch in Haft genommen. Der Chemann Maier kehrte kurze Zeit nach dem Brand von einer Reise zurück, auch er wurde in Gewahrsam genommen. Der Verdacht erlosch sich aus als begründet, denn nach anfänglichem Zögern legten beide Angeklagten ein Geständnis ab, dahingehend, daß die Frau im Einverständnis mit ihrem Mann das Feuer gelegt hat.

Die Angeklagten bauten im Jahre 1912 in Weiler bei Forstheim ein Haus und richteten darin ein Gemischtwarengeschäft ein. Das Geschäft ging anfangs gut, ging aber schließlich immer mehr zurück, die Eheleute Maier gerieten in hohe Schulden und ein großer Teil der Ware war schon gesunken. In dieser Lage kamen sie auf den Gedanken, das Warenlager und damit das Haus anzuzünden, um mit der Versicherungsumme die drückendsten Schulden zu bezahlen. Um aber aus den Waren und aus der Versicherung Nutzen zu ziehen, brachten sie einen großen Teil der wertvollsten Waren (Zug und dergleichen) vorher heimlich nach Forstheim, wo Maier für diesen Zweck einen Zimmer gemietet hatte und zu Verwandten der Frau. Nachdem dies geschehen war, konnte das übrige angezündet werden. Da der Chemann Maier schon einmalmal bestraft ist, befürchtete er, nach dem Brand gleich verhaftet zu werden, wenn er bei dem Brandausbruch im Hause sei. Er ging deshalb auf die Meise und sagte seiner Frau beim Weggehen, bis er wiederkäme, könne es wohl geschehen sein. In der Nacht vom 16. auf 17. April zündete die Frau mit einer Kerze im Warenlager leicht brennbare Stoffe, Packpapier, Meidestoff und dergleichen an, und das Feuer griff so rasch um sich, daß zwei bei der Frau schlafende Kleinkinder nur mit größter Mühe gerettet werden konnten.

Beide Angeklagten konnten aber, wie erwähnt, die erhoffenen Früchte ihrer bösen Tat nicht einstecken, dagegen führte sie diese auf die Geschworenen.

Die Verhandlung wurde wegen Unwohlseins der Frau Maier um 1 Uhr abgebrochen und soll, wenn möglich, um 3 Uhr fortgesetzt werden.

Das Urteil.

Die Geschworenen sprachen die Ehefrau Maier des Verleumdungsstrafs und den Chemann Maier der Anstiftung dazu schuldig; der Frau Maier wurden außerdem Umstände zugunsten, dem angeklagten Chemann Maier wurden diese verweigert.

Auf Grund dieses Wahrspruches wurde die Ehefrau Maier zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und der Chemann Maier zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe verurteilt. Letzterem werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Damit ist die Tagesordnung dieser Session erledigt. Der Vorsitzende entließ die Geschworenen mit Worten des Dankes in ihre Heimat.

Verhandlungstag der Buchdruckereiarbeiter.

Kr. Leipzig, 8. Juli 1914.

Zu Beginn der heutigen Sitzung nimmt die Verbandsvorsitzende Thiede dem verstorbenen Genossen Gauer, Gamburg, der fast 20 Jahre für den Verband gewirkt hat, einen ehrenvollen Nachruf.

Zum Geschäftsbericht führt der Kassierer Lodaßl aus, daß die Hauptkasse unter den Folgen der Kupferung im Steinbrudgewerbe und der Krise gelitten habe.

In der ausgedehnten Debatte werden viele lokale Wünsche vorgebracht. Vom Hauptverband wird mehr Objektivität verlangt; man sei gegenwärtig bei Meinungsverschiedenheiten mangelt. Die Agitation hätte lebhafter betrieben werden müssen. Ersparnisse könnten bei den Druckereien und durch eine Einschränkung der Delegationen, besonders der Doppeldelegationen, gemacht werden. Die Verbandszeitung könnte vierseitig anstatt sechsseitig erscheinen. Der Inhalt der Zeitung müsse mehr auf das Verständnis der neuemommenen Mitglieder zugeschnitten sein. Andererseits wird gefordert, daß für die lokalen Vereine mehr Platz zur Verfügung stehen soll. Eine Intanz müsse geschaffen werden, die über der Redaktion steht. Das Schwergewicht der Agitation hätte auf die Minorität gelegt werden müssen. Den Zahlstellen müßten für diesen und andere Zwecke mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Schlußwort erklärt der Kassierer Lodaßl, daß er keineswegs den Keimen der Einnahmen schmälern wolle, aber es müsse eine gleichmäßige Behandlung der Zahlstellen angestrebt werden. Paula Thiede stellt fest, daß der Vorstand allen Wünschen nach Möglichkeit nachzukommen sei. Wenn nicht mehr Agitationspreisen von Hauptvorstandsmittgliedern unternommen worden seien, so löse sich das auf die große Kupferung und die Tarifbewegungen zurückzuführen. Das Agitationsmaterial müsse mehr als bisher durch Mitteilungen aus den Zahlstellen ergänzt werden. Der freien Meinungsäußerung seien keinerlei Schranken gesetzt. Der Kassierer Bucher

beauftragt, daß eine Instanz über der Redaktion außer dem Vorstand möglich sei. Klagen über gefälschte Berichte würden sich nie vermeiden lassen. Dem Vorstand wird sodann mit 21 gegen 16 Stimmen (dem Kassier einstimmig) Entlastung erteilt.

Am vierten Verhandlungstag wird das Statut beraten werden.

12. Generalversammlung der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Kr. Stuttgart, 9. Juli 1914.

4. Verhandlungstag.

Diese Tagesberatungen werden ausgefüllt durch Statutenberatungen. Vorher wurde ein Antrag mit dem Ziel, für Matausgaberunterstützung aus der Verbandskasse festzusetzen, abgelehnt. Die Unterstützung soll nur aus dem Kontrahatsfonds gezahlt werden.

Richter-Dresden berichtet über die Arbeiten der Statutenberatungskommission. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, jetzt keine Beitragsverhöhung vorzuschlagen, weiter zu empfehlen, alle Anträge auf Erweiterung der Unterstellungen abzuweisen und den Vorstand zu beauftragen, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage betr. Erhöhung der Beiträge nach gestaffelten Sätzen und einem freiwilligen Beitrag vorzulegen. Prey-Hannover erhebt, in der Diskussion unter Aufhebung anderer Fragen lebhaft für die Beitragsverhöhung und des Ausbaus des Unterstützungswesens zu erklären.

In der Debatte, die mittags abgebrochen wird, beschäftigen sich die Redner vorwiegend mit Unterstützungsfragen und dem Einspruchsrecht des Vorstandes gegen Ausgaben aus Lokalfonds. — Nachmittags unternehmen die Delegierten einen Ausflug.

Aus der Partei.

* **Parteidifferenzen im Agitationsbezirk Frankfurt a. M.** Vor einigen Wochen mußten wir berichten, daß auf den Generalversammlungen der Parteivereine für die Reichstagswahlkreise Höchst a. M. und Hanau, deren Gebiet sich nicht nur bis an die Tore der Stadt Frankfurt erstreckt, sondern zu denen große Arbeiterbezirke der Stadt gehören, lebhaft Klagen gegen die politische Haltung der Frankfurter „Volkstimme“ erhoben worden seien. Auf den Generalversammlungen beider Kreise wurden Entschlüsse gefasst, die eine Änderung der politischen Haltung des Frankfurter Parteibüros verlangten. Die Delegierten des Wahlkreises Höchst a. M. beschwerten sich darüber noch besonders über das Verhalten des Genossen C. u. a. z. H. gegenüber dem Reichstag der Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreises von Frankfurt a. M. gemacht, die in den Vorwürfen gegen C. u. a. z. H. unzulässigen Angriff auf dessen parlamentarische Tätigkeit erblickten.

Alle diese Angriffe führten zu einer eingehenden Erörterung in der Prekommission, die aus Vertretern aller Wahlkreise besteht, die zum Verbreitungsgebiet der Frankfurter „Volkstimme“ gehören. Nach einer stundenlangen Besprechung wurde eine Verhandlung erzielte, von der Prekommission und Redaktion in nachstehender Erklärung Mitteilung machen:

Erklärung.
Von den auf der Höchst, Frankfurter und Hanauer Generalversammlungen gefassten Beschlüssen hat die Prekommission Kenntnis genommen und nach eingehender Besprechung mit der Redaktion eine Verständigung zwischen beiden Teilen dahin erzielt, daß die persönlichen Vorwürfe teilweise auf irrigen Voraussetzungen beruhen, daß aber die Redaktion sich bemühen wird, die sachlichen Mängel der Parteipresse nach jeder Richtung zu beseitigen.

Die Prekommission. Die Redaktion.

* **Der 15. pommerische Parteitag** tagte in der Zeit vom 5. bis 7. Juli in Stralsund. Anwesend waren 69 Delegierte und 20 sonstige stimmberechtigte Teilnehmer. Außerdem zum Parteivorstand Genossen Zieh-Berlin und vom Reichstagswahlkreis Moddenburg Gen. Kröger-Mosk. Den Geschäftsbericht erstattete der Parteisekretär Genosse Horn. Er erstreckte sich über die Tätigkeit von zwei Jahren. Die Zahl der Parteimitglieder hat sich seit dieser Zeit um 687 vermehrt; die Zahl der Ortsvereine ist sogar von 98 auf 91 zurückgegangen. Im allgemeinen herrschte eine starke Mitgliederfluktuation. Einerseits erheblichen Mitgliederverlust brachte der verunglückte Weltkrieg. Die sozialistischen Gemeindevertreter haben sich um 8 vermehrt. Die Partei hat jetzt in 26 Orten 77 Parteizeiter. Ein vorzüglicher Parteitag ist Barth, eine Stadt von 7800 Einwohnern. Dort sind von den 70 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 630 Mitglieder der Partei. — Der Kassierbericht läßt erkennen, daß die Beiträge der Wahlkreisorganisationen eine Zunahme von durchschnittlich 11,68 Prozent erfahren haben. Das Parteigeld hat sich recht gut entwickelt. Jeder ist in dem Abonnementstand des „Volkstoten“ gegenüber 1912 ein Rückgang eingetreten. Gen. Kunze, der Referent über den Punkt „Presse“ empfiehlt die Beibehaltung des Preises, der als Druckereisatz bestimmt ist. Er wendet sich auch gegen die Ansicht der Genossen in Vorparlament, für ihren Kreis ein eigenes Parteigeld zu gründen, da das nicht lebensfähig sei. Beischiessen wird, den Preises in etwas verändertes Form beizubehalten. Ueber die Neugründung sollen Verhandlungen für einen glücklichen Ausweg angebahnt werden. — Sodann sprach die Genossin Zieh-Berlin über die „proletarische Frauenbewegung“. Sie gab eine Reihe wertvoller Anregungen, die dazu beitragen sollen, das Interesse der Frauen für die politische Bewegung mehr zu wecken. Ueber „Wirtschaftspolitik und Agrarierum“ hielt Reichstagsabgeordneter Bogdner einen Vortrag. Er kennzeichnete darin u. a. auch das reaktionäre Streben der heutigen Nachhaber, insbesondere des Militarismus. Seine Ausführungen trugen mit dazu bei, daß aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt wurde, daß der pommerische Parteitag das Verhalten der Fraktion bei Schluß des Reichstags durchaus billige. Gegen eine Stimme wurde der Antrag angenommen. — Beschlossen wurde nach, daß bei Delegationen zu den Kreisversammlungen die Abteilungsführer und weiblichen Vertrauenspersonen in erster Linie zu berücksichtigen sind und daß die Wahlen der Delegierten zu den Parteitag in der Kreisgeneralversammlung oder in Wahlbezirken, die von der Kreisgeneralversammlung festgelegt sind, mittels Stimmzettel zu erfolgen haben. Zum Internationalen Kongress wurde Genosse Horn delegiert.

Redaktionswechsel in der Parteipresse. In die Redaktion des „Vorwärts“ tritt an Stelle des wegen wissenschaftlicher Arbeiten und Krankheits ausbleibenden Genossen C. u. a. z. H. der bisherige Redakteur der „Frankfurter Tagespost“ in Rürnberg, S. Rehrle, zum 1. August ein. Für Notizblätter geht nach Nürnberg Genosse Edwin Barth, bisher in Juidau. In die Heilbronnerredaktion des „Vorwärts“ tritt an Stelle des Genossen Dr. Franz Diederich, der die Leitung unserer neuen Familienzeitung übernimmt. Genosse Dr. Rudolf Frank, früher Heilbronnerredakteur unserer Bremer Parteiblatte, der dort durch Jürgen Brand (Sonnemann) ersetzt werden ist. In die Heilbronnerredaktion der Chemnitzer „Volkstimme“ tritt zunächst vortretungsweise Genosse Dr. Gustav Slezow, bisher Redakteur des „Jugendlichen Arbeiters“ in Wien.

Trunger vom Stadttheater in Halberstadt und Hoffschauspieler Ernst Stümann vom Hoftheater Karlsruhe. Nach der Auf- führung findet Ball statt.

Veranstaltungen.

Frühlingskonzert im Stadigarten. Nächsten Sonntag vor- mittag (von 12-1/2 Uhr) findet im Stadigarten wieder ein Frühlingskonzert statt. Es wird von der Feuerwehr- und Bürger- kapelle ausgeführt werden, Direktion: Obermusikmeister a. D. S. L. e. s. e. Programm: 1. Nibelungen-Marsch von Sonntag. 2. Lustspiel-Ouverture von Felix Weiser. 3. „Romaneska“ Ca- san-Fantasia von Zieloff. 4. „Sei gegrüßt du mein schönes Sorrent!“ Lied von Waldmann. 5. „Donau-Wellen“-Walzer von Johann Strauß. 6. Silda-Mazurka von Klodnik.

Buchdrucker-Waldfest. Das vor einigen Wochen verregnete Waldfest der Buchdrucker findet nunmehr am morgigen Son- tag, 12. Juli, auf dem Platze beim früheren Bahnhofsplatz Seiler an der alten Rheintalbahnstraße statt. Für vorzügliche Speisen und Getränke, sowie für alle möglichen Unterhaltungs- spiele ist bestens gesorgt, jedoch auch diesmal wieder die schon sprich- wörtlich gewordene Buchdruckergermütlichkeit sich einstellen wird.

Kühler Krug. Die beliebte Leib-Grenadierkapelle, die im Stadigarten bekanntlich nicht mehr konzertiert, wurde für die Kühler Krug-Konzerte verpflichtet. Morgen Sonntag nachmit- tag findet um 4 Uhr eine Wiederholung des Böttge-Konzerts statt, das im „Friedrichshof“ so großen Anhang fand und der Kapelle reiche Anerkennung eintrug. Es kommen nur Werke zum Vortrag, die von dem Altmeister der Grenadierkapelle kom- poniert oder aber von ihm bearbeitet wurden. Der Eintritts- preis ist mäßig gehalten, jedoch es jedermann möglich ist, die Werke des um die Militärmusik so verdienten Adolf Böttge zu hören.

Kesseltheater, Waldstraße 30, und Schillerstraße 22. Der neue Spielplan bringt einen größeren Film unter dem Titel „Krieg dem Kriege“. Von dem viel besungenen Hiltner- zeugen gut gelungene Naturaufnahmen prächtige Landschaften und idyllisch gelegene Ortschaften. Aus dem reichhaltigen Pro- gramm seien noch folgende Filme hervorgehoben: „Pepita“, „Sein zweites Gesicht“ und „Der Eid des Stephan Müller“.

Neues vom Tage.

Vom Wackposten erschossen.

Strasbourg, 9. Juli. Ein Vorfall, der zurzeit noch nicht auf- geklärt ist, ereignete sich hier heute. Auf dem Strahburger Fort von der Tann wurde der Musketier Bogachny von der 6. Kom- pagnie des 132. Infanterieregiments durch den Wackposten an- geschossen und so schwer verletzt, daß er wenige Minuten darauf starb. Der Wackposten soll mit zwei Kameraden in die Nähe des Forts gekommen sein, worauf der Posten Feuer gab und den Soldaten tödlich verletz.

Unglückliche Zwillinge.

Frankfurt a. M., 9. Juli. An den Folgen eines Scharlach sind gestern früh die an der Schädeldecke zusammengewachsenen Zwillinge „Siameischen“ Zwillinge gestorben. Beide Mädchen kränkelten schon seit einiger Zeit, jedoch der baldige Tod der unglücklichen Wesen zu erwarten stand. Gestern in den frühen Morgenstunden verchied das eine Kind, einige Stunden später folgte ihm das andere in den Tod. Die Zwillinge, die im Jahre 1912 als Kinder des Stiefvaters Stoll in Wilbel das Licht der Welt erblickten, haben ein Alter von 2 1/2 Jahren erreicht. Mütter und Männer der Wissenschaft aus fast allen Ländern haben die Kinder besichtigt. Jedes derselben bildete einen selbständig lebenden Organismus für sich. Gemeinsam hatten sie nur die Schädeldecke. Sie mußten sich immer nur in liegender Stellung befinden. Eine Trennung war nach dem Urteil namhafter Autoritäten nicht möglich. Die Mädchen schliefen, wachten und aßen zu verschiedenen Zeiten und hatten jede besondere Gefühls- äusserungen. Sie konnten sprechen, haben dagegen niemals stehen und gehen gelernt, obwohl das nach der Ansicht medizinischer Autoritäten allerdings mit weit vorgebeugtem Rumpf möglich gewesen wäre. Die Mutter der Zwillinge unternahm in Begleitung eines Impresarios Reisen nach fast allen Städten des Kontinents. Der erfolgte Tod bedeutet nicht nur eine Er- löschung für die armen Wesen, sondern auch für Eltern, die mit ihnen unendliche Mühe und Sorge hatten.

Todesurteil.

Bielefeld, 10. Juli. Der Werkmeister Frih Weitz aus Vera- kirchen, der angeklagt war, seine Ehefrau in der Nacht zum 14. Juni 1913 vergiftet zu haben, wurde in der vergangenen Nacht von den Geschworenen des Wortes schuldig gesprochen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zum Tode.

Letzte Nachrichten.

Schulfeindliche Zentrumsbauern.

München, 10. Juli. Der König von Bayern hat eine Abordnung der niederbayerischen Bauernvereine, einer Zentrumsorganisation, empfangen, um gegen die durch kä- nigtliche Verordnung erfolgte Neuordnung der Volkshilfs- bildungsschule Einspruch zu erheben. Der Protest richtet sich besonders gegen ihre Verlegung auf einen Werktag gegen die Vermehrung der Unterrichtsstunden, wodurch eine Schädigung des Bauernstandes hervorgerufen würde, dem man Arbeitskräfte entziehe. Der König erwiderte, er werde nie einer Verordnung seine Zustimmung geben, die den Bauernstand schädige. Der Kultusminister, der der Audienz beiwohnte, führte aus, daß eine weitestgehende Ver- rüchtigung der örtlichen Verhältnisse Platz greifen werde.

Einstellung eines Beleidigungs-Prozesses gegen den „Vorwärts“.

Berlin, 10. Juli. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen seinen verantwortlichen Redakteur Dr. Meyer wegen eines Ar- tikels über Soldatenmishandlungen ein- gestellt.

Das Erträgnis des Wehrbeitrages.

Berlin, 10. Juli. Wie das Finanzministerium mit- teilt, hat die Veranlagung für den einmaligen außerordent- lichen Wehrbeitrag für den gesamten Bereich der preußi- schen Monarchie einen Betrag von 603 Millionen Mark ergeben.

Drohende Aussperrung.

Kottbus, 10. Juli. Infolge des Streiks in Forst be- schloß der Arbeitgeberverband der Tuchindustrie der Städte Forst, Kottbus, Spremberg, Guben, Luckenwalde, Sommer- feld und Finsterwalde am 11. Juli sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen für Samstag den 18. Juli zu kün- digen bezw. die Betriebe zu schließen, falls nicht bis dahin die Streikenden sofort in sämtlichen Betrieben die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen haben.

Es handelt sich um etwa 30 000 Lucharbeiter bei der Kündigung.

Reichstagsersatzwahl in Koburg.

Koburg, 10. Juli. Bei der heutigen Reichstagsersatz- wahl in Koburg erhielt der Kandidat der Nationalliberalen Partei, Amtsgerichtsrat Dr. Stoll-Koburg 3342, der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei, Fabrikant Ar- nold (Präsident des Koburgischen Landtages) 5959 und der Kandidat der Sozialdemokratie, Rechtsanwalt Hof- mann in Hof (Bayern) 5553 Stimmen. Es findet dem- nach Stichwahl zwischen Arnold und Hofmann statt.

(Bei den allgemeinen Wahlen 1912 war das Resultat: Stoll, 6199, Natl. 4640, Fortschr. 3540 Stimmen. In der Stich- wahl siegte der Nationalliberale mit Fortschr. Hilfe mit 7960 gegen 6988 sozialdem. Stimmen. D. Red.)

Belegung albanischen Gebietes durch Montenegro.

Wien, 10. Juli. Der geologische Forscher Baron Kope- peska, der eben aus Durazzo zurückgekehrt ist, erzählt in einem hiesigen Blatt unter anderem: Die montenegrinische Regierung habe vor einigen Wochen einen Teil eines Ge- bietes, das durch die Londoner Konferenz Albanien zuge- sprochen worden war, nämlich das ganze Gebiet von Ver- moischa, militärisch besetzt gehalten. Das Gebiet umfaßt sehr gute Hochweiden und ein fruchtbares, breites und an- baufähiges Talflur.

Zur Mordtat in Serajewo.

Wien, 10. Juli. Die Blätter melden, daß das Ergeb- nis der Untersuchung über das Attentat sofort nach Ab- schluß der Defensivität übergeben werden soll. Ein Teil des Beweismaterials soll zur Kenntnis der serbischen Re- gierung gebracht werden mit dem Ersuchen, sie möge eine Untersuchung zur Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen einleiten und Sorge tragen, daß in Zukunft die großserbische Bewegung in Bosnien nicht durch die Agi- tationen von Serbien aus genährt werden. Der Schritt des österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad werde noch in dieser Woche erfolgen. Es sei zu erwarten, daß, wenn Serbien jede Gemeinsamkeit mit der hochverräte- rischen Agitation in Bosnien ablehne, auch denjenigen Serben ein Recht aufgehen werde, die jetzt durch die Zwei- deutigkeit der serbischen Politik sich irre führen lassen. Ob die österreichisch-ungarische Regierung sich mit der Durch- führung ihrer Beschlüsse zufrieden geben könne und ob das Uebereinkommen, das in der gemeinsamen Ministerkon- ferenz getroffen wurde, auch alle Maßnahmen erschöpfe, die durch das Verbrechen von Serajewo nötig gemacht wurden, dürfte von der Antwort abhängen, die die Monarchie aus Belgrad erhalte.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 10. Juli. Finanzminister Rouleus stellte fest, daß die Vermehrung der Ausgaben besonders durch die neuerliche Notwendigkeit der nationalen Verteidigung verursacht wurde, eine Notwendigkeit, die in der Kammer dargelegt und gebilligt worden sei. (Beifall). Der Minister beglückwünschte sich darauf zu dem Erfolg der Anleihe. In keinem Lande, sagte er, würde man mit derselben Leichtigkeit 3 Milliarden aufgebracht haben. Er legte ausführlich dar, daß der Staatschatz durch die Verzögerung des Ausschreibens der Anleihe nichts verloren hat. Er gab zu, daß zu Beginn des Jahres 1915 um 600 Millionen Francs zu wenig Kredite vorhanden sein würden, doch rechne er darauf, 400 Millionen Francs aus den neuen Steuern zu gewinnen. Ueberdies würde die vom Senat genehmigte Einkommensteuer, selbst wenn sie anfangs nur 60 Millionen brächte, immerhin schätzbar sein. Dies würde für uns ein genügend biegsames Instrument sein, um einen Teil der uns fehlenden 200 Millionen zu be- schaffen. (Bewegung auf der Rechten). Rouleus sagte, daß die Steuern freilich nicht ohne das Kontrollrecht der Ver- waltung gewonnen würden. Der Minister erklärte weiter, daß er, um einen Teil der 400 Millionen Steuern zu er- halten, an eine Steuer auf das Kapital denken werde. Die Regierung habe die Absicht, bestimmte Vorschläge bezüglich eines Petroleummonopols zu machen. Entscheidende Er- klärungen über das Petroleummonopol könne er nicht ge- ben. Der Minister schloß mit dem Versprechen, den Bud- getentwurf für 1915 noch vor der Vertagung der Kammer vorzulegen. (Beifall).

Zum Prozeß Caillaux.

Paris, 10. Juli. Da die fünfjährige Frist verstrichen ist, während welcher die Verurteilung der Frau Caillaux gegen ihre Verurteilung vor die Assisen zulässig war, ohne daß eine solche Verurteilung erfolgt ist, so wird nunmehr der Pro- zess endgültig am 20. Juli seinen Anfang nehmen.

Zur Lage in Albanien.

Durazzo, 10. Juli. In diplomatischen Kreisen wird berichtet, daß Fürst Wilhelm vor der Hand an einen Rück- tritt nicht denke. Auch die Fürstin sei noch nicht abgereist. Nach den letzten Meldungen haben die epirotischen Frei- willigen die Stadt Goriza eingeschlossen, damit nicht die

Auffständischen nach dem Abzuge der albanischen Truppen von ihr Besitz ergriffen. In Durazzo sind 48 Freiwillige und zwei Offiziere eingetroffen und sogleich dem Fürsten vorgestellt worden.

Durazzo, 10. Juli. Prenk Bibdoda hat das Ministerium des Auswärtigen übernommen. Er gedenkt die Groß- mächte zu verständigen, daß die Miriditen zurückgezogen werden und die Großmächte für die Verteidigung von Du- razzo selbst Vorkehrungen treffen lassen.

Die Wahlen zum Landsting.

Kopenhagen, 10. Juli. Bei den Landsting- wahlen wurden 20 Rechtsstehende, 5 Freikonservative, 20 Linksstehende, 5 Radikale und 4 Sozialisten gewählt. Die Rechte verliert 5 Sitze.

Briefkasten der Redaktion.

Rüppurr. Unferes Wissens kostet der Quadratmeter des genannten Geländes 70-80 Mk.

Nach Kattatt. Artikel betr. Turnerausflug kam erst Freitag mittag mit der 8 Uhr-Post, konnte also nicht mehr, wie ge- wünscht, in die Freitagnummer aufgenommen werden. Der Poststempel lautet allerdings: Postst. 9. 7. 14. 5-8 N. Das Verjchulden muß also bei der Post liegen.

Wasserstand des Rheins.

11. Juli. Schusterinsel 8.40 m, gef. 10 cm, Kehl 4.04 m, gef. 1 cm, Maxau 5.98 m, gef. 4 cm, Mannheim 5.54 m, gef. 14 cm.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Rabel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Franenchor.) Die Sänge- rinnen treffen sich morgen Sonntag nachm. präzis 1/2 Uhr im „Feiertheimer Hof“ in Beierthcim. Vollzähliges Erscheinen ist Ehrenfache. 2309

Sängerbund Vorwärts. Heute abend 8 Uhr Aufnahmestunde im „Eichhof“ (Ede Jähringer- und Wilt-ber-straße) be- treff 8 Ehrgung eines Mitglieds. Vollzähliges Erscheinen Pflicht. 2310

NB. Sonntag nachmittag halb 2 Uhr Abmarsch vom Ver- einslokal nach Beierthcim zur Hochweiden des „Arbeiter- Gesangsvereins „Freiheit“. Festbänder werden im Lokal ausgegeben. Hierzu laden wir unsere Passivität zur rege- n Beteiligung freundlich ein. 2317 Der Vorstand.

Karlsruhe. („Vasallia“.) Die Sänger treffen sich am Son- tag abends gemeinsamen Abmarsches zur Fahnenweihe in Beierthcim im Vereinslokal „Auerbach“ um 1/2 Uhr. Ab- marsch präzis 2 Uhr. 2310

Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Samstag, 11. Juli, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung mit Quartalsabrechnung, in der „Guten Quelle“. Vollzähliges Erscheinen er- wartet 2311 Der Vorstand.

Geschäftliches.

„Kufete“ enthält keine Milch und ist daher ein vorzüg- liches Nahrungsmittel für Kinder, die nur vorübergehend oder über- haupt keine Milch verdauen können. Es wird mit besonderem Vorteil für die Ernährung der Säuglinge bei Verdauungs- störungen, Darmkatarrh und Diarrhöe verwendet, wo Milch und Milch- enthaltende Nahrungsmittel zu meiden sind. „Kufete“ ist dann oft das einzige, was nicht erbrochen, sondern gut verdaut wird.



Advertisement for Pfannkuch & Co. featuring 'Salat-Del!' and 'Pfannkuch & Co.' with prices and product details. Text includes: 'Mit den neuesten Filtriermaschinen verarbeitet. 2313 Garantie für absolute Reinheit und Glanzhell. Offen per Liter 95, 1.10 und 1.30 In Flaschenfüllung: Feines Tafelöl ca. 1/2 Literfl. 1.20 Literfl. 95 Literfl. 55 Extrafines Tafelöl ca. 1/2 Literfl. 90 Literfl. 50 Preise verstehen sich mit Flasche. - Leere Flaschen mit 10 Pfg. zurück. Pfannkuch & Co.'

Aus dem Lande.

Ettingen.

Sozialdemokratischer Verein. In der letzten Parteiverammlung erkrankten die Genossen Glunz und Kapp die Berichte von der Wahlkreiskonferenz und dem bedürftigen Parteitag. Die Versammlung konnte sich mit der Verlegung des mittelbadischen Sekretariats nach Forchheim nicht einverstanden erklären und bedauerte auch die Ablehnung des Antrags betr. Schaffung eines Wochenblattes für die Landorte bezw. periodisch erscheinender Flugblätter, da sie außer diesem keine Möglichkeit sieht, die vielen Verleumdungen unserer Gegner wirksam zu widerlegen und den Landbewohnern Verständnis für unsere Bewegung beizubringen. Weiter wurde der Wunsch laut, daß auf den Konferenzen des 9. Reichstagswahlkreises jeweils ein Referat über aktuelle Tagesfragen gehalten werden soll. Die Diskussion über die Berichte ergab u. a. die allseitige Befriedigung darüber, daß endlich einmal ein kleiner Richtschnur in die Großblödmisere hineingefallen sei. Dieses politische Experiment sei möglichst nicht durch die Schuld der Sozialdemokratie, sondern infolge der nationalliberalen Reaktion. Auch die Politik läßt sich auf die Dauer nicht abgeben und führt immer wieder auf ihren wirtschaftlichen Ursprung zurück.

Am 20. August wird der Verein in intimer Rahmen eine Kaffeefeier veranstalten, worauf die Sportvereine wie auch die Gewerkschaften heute schon hingewiesen werden mit der Bitte, diesen Tag freizulassen.

Bürgerrechtsaufhebung vom 7. Juli. (Schluß.) Zu längerer Debatte führte der geplante Gändetausch zwischen Stadtgemeinde und Bahnmeister Hölzle. Die gemeinderätliche Vorlage besagt hierüber:

Die Stadtgemeinde besitzt an der Schöllbrunnerstraße neben dem Anwesen des Herrn Peter Schmidt ein Grundstück in Größe von 478 Quadratmeter. Das Grundstück ist etwa 10 Meter breit und grenzt an die Albtalbahn. Das nach Osten anschließende Gelände ist im Besitz der früheren Eigentümerin der Albtalbahn, der Firma Beng u. Cie. Letztere hat nun an Bahnmeister Hölzle hier einen Teil verkauft und Erbauung eines Wohnhauses.

Zur Verbesserung des Straßenbildes ist anzustreben, die vorhandenen fehlenden Giebel anzubauen. Dies geschah an der Schöllbrunnerstraße auch bei dem Anwesen Ballner, wo die Stadt als Nebenlieger den Bauplatz zu möglichem Preis abgab, um ihr Ziel zu erreichen. Bei Bekanntwerden des Baubehabens

Hölzles glaubte der Gemeinderat, einen Tauschvorbehalt machen zu sollen, damit auch in diesem Falle der Neubau unmittelbar an das bestehende Anwesen Schmidt anschließt, wodurch der unangenehme Eindruck des fehlenden Giebels aufgehoben wird. Die Verhandlungen führten zum Ziele.

Das eingetauschte Grundstück ist nach der jetzt vorliegenden Messung 19 Meter breit und hat einen Flächeninhalt von 846 Quadratmeter. Das Aufgeld beträgt demnach (846 - 478) = 367 x 5 = 1835 Mk.

Die sozialdemokratische Fraktion wandte sich gegen diesen Tausch, weil sie es für kurzfristig hält, das im südlichen Besitz befindliche Gelände, das sich am Kopfe der Luisenstraße befindet und seinerzeit von der Stadt zum Zwecke der Durchführung der Luisenstraße erworben wurde, zu Bauzwecken abzugeben. Die Bürgervereinsung trat dieser Anschauung bei; jedoch wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und fast aller Bürgervereiner genehmigt. Ein unersetzliches geistliches Wunsch, derartige keine Sitzungen abzuhalten, fand keinen Anfang.

An den Debatten beteiligten sich die Gen. Lepperz, Stöhrer und Glunz.

Es wird notwendig, sich auch einmal mit dem Gebaren des fortschrittlichen Fraktionsvorstehenden, Herrn Professor Dr. Thoma, zu beschäftigen. Es ist illusorisch, vielfach auch zum Gaudium des Kollegiums, daß der genannte Herr Schlusstränge stellt, wie es ihm gerade in den Kram paßt. Dabei kommt ihm gar nicht in den Sinn, daß es recht eigenartig — um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen — wirkt, wenn jemand Anträge auf Debatte stellt, wenn er selber sich ausgiebig an derselben beteiligt hat, ja den Schlußantrag sogar direkt seiner Rede anhängt. Wenn aber Herr Thoma so von seiner Weisheit durchdrungen ist, daß er glauben sollte, es genüge vollständig zur Klärung der Situation, wenn er gesprochen hat, so ist so ziemlich der ganze Bürgerausschuß gegenwärtiger Meinung. Etwas mehr hätte sich für die Sache von einem Herrn mit dem Bildungsgang des Herrn Dr. Thoma schon erwartet werden.

Rastatt.

Wochenmarktverlegung. Gute Patrioten scheinen wir in unserer Stadtverwaltung hier zu haben. Anlässlich des Großherzogs Geburtstag wurde der alle Donnerstag stattfindende, von auswärtigen Käufern und Verkäufern stark besuchte Wochenmarkt auf den vorhergehenden Mittwoch verlegt. Da jedoch viele Marktbesucher von dieser Verlegung nichts wußten (denn daran dachte niemand, daß wegen des Geburtstages des Großherzogs der Markt verlegt wird), so fehlten eben am Mittwoch viele

Käufer und Verkäufer, namentlich Käufer, dafür kamen sie aber am Donnerstag und mußten unbedrückter Dinge wieder nach Hause geben. Wenn ein Feiertag ist, dann wissen die Leute, daß der Markt verlegt wird. In einem solchen Fall aber, wie Großherzogs Geburtstag, wo die auswärtigen Besucher nichts wissen, ist dringend zu verlangen, daß die Verlegung besser bekannt gemacht wird, damit die Leute nicht den weiten Weg, mitunter 4-5 Stunden, mit dem Fußwert unnötig machen müssen.

Ausflug der freien Turnerschaft. Letzten Sonntag unternahm die freie Turnerschaft Rastatt einen Langausflug nach Ottersdorf, der einen sehr schönen und gelungenen Verlauf nahm. Recht zahlreich hatten sich die Mitglieder und deren Angehörige eingefunden. Der Saal zur „Linde“ in Ottersdorf war bis auf den letzten Platz besetzt und es entwickelte sich bald ein fröhliches Treiben, tüchtig wurde das Tanzbein geschwungen. Nur zu bald kam die Stunde des Aufbruchs und mit dem Bewußtsein, im Kreise der Ottersdorfer freien Turner einige vergnügte Stunden verbracht zu haben, traten die Rastatter den Heimweg an. Allgemein wurde der Wunsch laut, der Verein möge recht bald wieder ein derartiges Vergnügen veranstalten. Denn gerade solche eine Veranstaltung trägt am meisten dazu bei, den Zusammenhalt innerhalb des Vereins zu fördern, was besonders für einen noch jungen Verein von großer Wichtigkeit ist. Wie bereits mitgeteilt, unternimmt die freie Turnerschaft Rastatt am Samstag, 11. Juli, auf Sonntag, 12. Juli, eine Nachtwanderung. Abfahrt Samstag abend 11.20 Uhr vom Bahnhof nach Gernsbach, von da zu Fuß nach Schloß Eberstein, Wadener Höhe, Plättig, Sand, Geroldsauer Wasserfälle nach Lichtental, Baden und per Bahn zurück nach Rastatt. Wanderrat ist mitzunehmenden. Freunde und Gönner des Vereins sind ebenfalls zu diesem Ausflug herzlich willkommen.

Baden-Baden.

Sozialdemokratischer Verein. Da sich die Wahl des Zeitpunktes, an dem die Vorträge des Gen. Prinz stattfinden sollen, als ungünstig erwiesen hat, finden die Vorträge in der Folgezeit jeweils Sonntag vormittags 9 Uhr in Rastatt statt. Kein Parteigenosse sollte veräumen, die Gelegenheit wahrzunehmen, um sich hier weitere Kenntnisse über das Wesen des Sozialismus anzueignen. Wir hoffen deshalb auf eine zahlreiche Beteiligung seitens der hiesigen Genossen.

Sodenheim, 10. Juli. Beim Anstreichen einer Dachrinne stürzte der Rindermesser Karl Simon aus einer Höhe von 10 Metern ab. Er erlitt schwere Verletzungen und starb auf dem Transport in das Krankenhaus nach Heidelberg.

Pfannkuch & Co.
ein vorzüglicher oder überbesonderem schmerzhaft, Milch enthält ist dann edel wird.

Kirschen
Pfd. 17 Pfg. an 2814

Stachelbeeren
Pfd. 18 Pfg.

Johannisbeeren
Pfund 15 Pfg.

Heidelbeeren
Pfund 28 Pfg.

Bananen
Pfd. 32 Pfg.

Tomaten
Pfd. 15 Pfg. Soweit Vorrat!

Schlangengurken
Stück 12 u. 15

Pfannkuch & Co.
den besten Verkaufsstellen

Deutscher Holzarbeiter-Verband Karlsruhe.

Hierdurch laden wir unsere Kollegen zu einem **Ausflug** auf Sonntag den 12. Juli freundlichst ein. Abfahrt in Karlsruhe 5³⁰ Uhr nach Mühl. von dort 6³⁰ nach Oberthal, dann zu Fuß über Geretsbachhöhe, Dorndgründe, Rummelsee, Ottenhöfen. Zurück mit der Bahn von Ottenhöfen 6³⁰ Uhr, Karlsruhe an 9⁴⁵. Gehzeit 6 Stunden. Rundvorrat für den ganzen Tag mitbringen. Fahrpreis beträgt 2.70 Mk. 2192

Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ Gau 22. — 5. Bezirk.

Am Sonntag, den 12. Juli findet in Forchheim unser diesjähriges **Bezirksfest** verbunden mit dem 10jährigen Stiftungsfest des Vereins Forchheim statt, wozu sämtliche Arbeitervereine frdl. eingeladen sind. NB. Die Mitgliedschaften des 5. Bezirks treffen sich längstens halb 1 Uhr in Durmersheim, von wo dann geschlossen nach Forchheim gefahren wird. 2278

Mess sei anwesend. Reiner fehle.
Die Bezirksleitung.

Kopffläuse.
mit Brut vernichtet radikal Goldgeist. W. Z. 75198. Farb- u. geruchlos. Reinigt d. Kopfhaut v. Schuppen u. Schinzen, befreit d. Haarwuchs, verhilft Krankheit d. Kopfhaut, Haar- ausfall u. Zusatz neuer Parasiten. Wichtig f. Schulkinder. Tausende v. Anerkenn. Echt nur in Kartons à 1.00 u. 0.50 Mk. niemals offen ausgewogen. In Apotheken u. Drogerien. Man wisse Nachahmungen zurück, die z. Zwecke der Täuschung vielfach ähnlich klingende Namen tragen, und achte genau auf die Firma der alleinigen Fabrikanten **RADEMACHER & Co., Siegburg, und d. Namen Goldgeist!**

J. Blums Zug- u. Storbvorrichtung
mit 2 Stangen für Vorhänge und 3 Stangen für Stör und Vorhänge fertig zum Gebrauch. Jeder kann dieselben auf- und abmachen.
Folierte Holzgalerien in allen Längen. 105 Solide und dauerhaft Ware. Alles eigenes Fabrikat mit Motorbetrieb. — Preisliste gratis. — Nur bei **J. Blum, Schützenstr. 49** Telef. 3097

Druckarbeiten
aller Art besetzt schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

Residenz-Theater
Waldstraße 30
sowie Schillerstraße 22
ehemals Metropol.
Programm für Samstag, den 11. bis inkl. Dienstag, den 14. Juli 1914:

Krieg dem Kriege
Zukunftsbild in 3 Akten. Das vielbesungene

Zillertal
in Tirol.
Zell am Ziller
mit der berühmten Maria-Rast-Kapelle an der mauerähnlichen, hochaufragenden Gerloswand (2166 m).
Mayrhofen,
wo sich das Zillertal in vier Aeste (Gründe) teilt und zwar nach Osten der Zillertal, südöstlich das Stillaal, südwestlich das Zemtäl und westlich das Taxertäl. 2908

Zillergrund.
Wer hat Jones Holz gestohlen?
Sein zweites Gesicht
Drama

Pepita.
Drama aus dem spanisch-amerikanischen Kriege 1898, in drei Akten.

Der Eid des Stephan Muller
I. Teil.
Gaumont-Woche
Aktuell
Bunnys Geburtstagsfeier
Komödie

In verkaufen sofort:
Ein altes Wert. kompl. 18⁰⁰
2 schäftiges, massive Holz- arbeits. komplett. 25⁰⁰
Schön spielender Grammophon 12 Platten 18⁰⁰
Damenfahrrad, gut erhalt. 29⁰⁰
Herrnfahrrad, gut erhalt. 25⁰⁰
Neues Damenrad, gute Marke 68⁰⁰
Wachstraße 54, part.

Bucherer
empfeht

Nordhäuser
Liter 90
bei 5 Liter 85

Ansch-Branntwein
Liter 80
bei 5 Liter 75

Candis
Pfund 35
bei 3 Pfd. 34

Weinessig
Liter 28
bei 5 Liter 26

Bucherer
in sämtlichen Filialen.

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in 1
Taschen- u. Wanduhren.
Billige Reparatur-Werk-
stätte, Trauringe, 8 u.
14 Kar. gestempelt, das Paar
Mk. 12-27. Brillen u. Swivel.

Fahrrad mit Freilauf, äußerst stark, sehr gut erhalt., zu 28 Mk. abzugeben. Mühlburg, Lamenstr. 1 (Bauernladen), 2215

Rucksäcke
Reisekoffer
Reisekörbe
Holzkoffer
Handtaschen
Handkoffer
Kofferhaus
Geschw. Lammle
Kronenstraße 51.

Fussball-Club Mühlburg
Verein für Rasenspiele
e. V. — Gegr. 1905.
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.
Samstag, 11. Juli:
Zusammenkunft im Sporthaus.
Es wird dringend um voll-
zähliges Erscheinen gebeten.
Sonntag, 12. Juli:
Teilnahme am Herbst-
Stafettenlauf.
Sonntag, 19. Juli:
Stiftungsfest in den 3 Linden.
Große Posten
angestaubt, weiße und bunte

Bettdamastreste
in nur extra Ia. Qualitäten
sind enorm billig abzugeben.
Sehr lohnend f. Brautleute!

Kaiserstrasse 133
1 Treppe hoch 2168
Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse

Durlach.
**Schuhmacherei-
Werkstätte**
Pflanzstraße 25, Ecke Adlerstr.
und Pflanzstraße 58, bei der
Gerberstr. empfiehlt sich bestens.
Jakob H.

Ich kaufe und verkaufe fort-
während getragene Herren- u.
Damenkleider, Schuhe und
Stiefel, aber nur gute Sachen,
zu billigen Preisen. 19

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.
Giebelstr. 2, 4. St. links
ist ein möbl. Zimmer zu
vermieten.

Saison-Ausverkauf

Räumung

sämtlicher Warenlager

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Auf Extra-Tischen weit unter Preis neu ausgelegt!

- | | |
|--|--|
| 1 Posten Tändelschürzen jetzt 68, 42 ,- | 1 Posten Damenblusen, farb. jetzt 95, 88 ,- |
| 1 „ Kleiderschürzen jetzt 2.65 | 1 „ Corsetts eleg. Fassons jetzt 2.95, 1.95, 1.65 |
| 1 „ Kinderspielschürzen jetzt 58, 35 ,- | 1 „ Büstenhalter jetzt 1.15 |
| 1 „ Russenkittel jetzt 95, 45 ,- | 1 „ Wäschestickereien jetzt 95, 68, 48 ,- |
| 1 „ Südwester jetzt 68, 38 ,- | 1 „ Stickereivolant jetzt 1.45, 95 ,- |
| 1 „ Stickereihäubchen jetzt 1.85, 75 ,- | 1 „ Wäschebördchen 10 m 28, 22 ,- |
| 1 „ Jabots jetzt 80, 48, 32 ,- | 1 „ Frottierhandtücher jetzt 95, 68 ,- |
| 1 „ Blusenkragen jetzt 68, 48, 35 ,- | 1 „ farb. Tischdecken jetzt 95 ,- |
| 1 „ Damen-Stehkragen jetzt 10 ,- | 1 „ Kopfkissenbezüge jetzt 78, 62 ,- |
| 1 „ Damen-Gürtel jetzt 25 ,- | 1 „ Kinderstrümpfe jetzt Paar 78, 48, 38 ,- |
| 1 „ Stick.-Untertaillen jetzt 95 ,- | 1 „ Kindersöckchen Paar j. 55, 35 ,- |
| 1 „ Wasch-Unterröcke jetzt 1.95 ,- | 1 „ Halbhandschuhe jetzt Paar 48, 38, 22 ,- |
| 1 „ Damen-Hemden jetzt 1.78, 1.48 | 1 „ Fingerhandschuhe j. 60, 48, 22 ,- |

1 Posten Sport-Jackets
jetzt M. **3.75** M. **6.50** M. **8.00**

1 Posten Damenstrümpfe
jetzt Paar **48** **68** **80** **95**,-

15% auf alle regulären Waren
ausgenommen Kurzwaren, Garne, Marken-Artikel.
Rabatt

20% auf Damen-Blusen, nur Neuheiten dieser Saison.
Unterröcke, in Moiree, Lüste, Seide, Leinen.
Damen-Wäsche, Hemden, Bekleider, Stickereiröcke.
Kinder-Wäsche, f. Erstlinge, Mädchen und Knaben.
Bett-Wäsche, Tisch-Wäsche.
Rabatt

Bis zu **50%** unter den Tagespreisen sind verschiedene Handarbeiten wie fertig montierte gestickte Kissen angefangene Decken und Kissen angebrütete weisse Klöppel-Decken.

Paul Burchard Kaiserstrasse 143.

Bereinigte Möbelpacker Karlsruhe.

Sonntag, den 12. Juli findet in der Restauration „Zum Feldschlößchen“ unser diesjähriges

Gartenfest

Hoff. Dasselbe ist verbunden mit Konzert, Preisregeln, Schießrevolvente und Plattenwurf. 2128
Freunde und Gönner unseres Vereins sind hierzu ganz ergebenst eingeladen.

Der Vorstand.

Das Preisregeln beginnt Samstag abend 8 Uhr.

Kartoffeln

der erste Waggon
Kaiserkrone
ist eingetroffen

Zentner M. **6.50**

2 Liter-Maß **24**,-

Ital. Kartoffeln

3 Pfund **20**,-

Bucherer

Umzüge mit neuen Möbelwagen und Rollen (bei Regen gebaute Rollen) besorgt billig
6610 Karl Musfinger, Seiffingstr. 3a. Telefon 3565.

Kompl. Bett mit Federbett 25 Mk., Sofa, Schrank, Kommode Trumeau, 2 gleiche Hochhänpt. Betten, sehr billig. 2285
Ludwig Wilhelmstr. 18. Hof.

Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).

Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopinol-)Bäder.

Badezeiten an den Werktagen: Von 7 Uhr vormittags bis 1/9 Uhr abends.

Auch über Mittag geöffnet. 275

An den Samstagen bis 1/10 Uhr abends.

Sonntags 7-12 Uhr.

Rabatt. Großes Lager in

Wand- u. Taschenuhren

sowie in

Gold- u. Silberwaren.

Goldene Feurringe Paar von 10 Mk. an.

Empfehle den werten Vereinen nur große Auswahl in passenden Artikeln, geeignet zu

Regelpreisen.

Ebenso werden Reparaturen an Uhren und Goldwaren wie allgemein bekannt, gut und bei

billigsten Preisen ausgeführt Achtungsvoll

Carl Billian, Uhrmacher.

Radengeschäfte: Alte Karl- u. Neue Bahnhofstraße 1, Schützenstraße 55. 7888

Rabatt. Rabatt.

Fortwährend werden bei

J. Waldbogel, Durlacherstraße 55,

guterhalt. Herren u. Damen-Helber, Schuhe, Stiefel, Bekleidung usw. zu Ausnahmepreisen verkauft. 52

Für Arbeiter!

Vorzüglicher Mittagsges. (60 S.) und Abendisch (50 S.). 2022
Ludwig Wilhelmstr. 10. IV.

Bucherer

empfiehlt

Reines

Sauerkraut

Pfd. 16 Pfg.

Tomaten

Pfd. 16 Pfg.

Kirschen

Pfd. 16 Pfg.

Elässer

Gurken

Stück 19 Pfg.

Bucherer

in sämtlichen

Sizilien. 2305

Wielandstraße 14, 1. St., ist ein Zimmer zu vermieten. 2238

Stadtgarten.

Dienstag, den 14. Juli:

Blumen-Fest

„Guldigung an die Flora“ (100 Mitwirkende).

Konzert

der vollständigen Kapelle des Feldartillerie-Regts. „Großherzog“ (1. Bad.) Nr. 14. Leitung: Königl. Musikmeister K. Grauzan.

Festliche Beleuchtung des Gartens und der Wege rings um den See.

Festzug der Kinder Floras.

Beginn 8 Uhr abends. Schluß 11 Uhr.

Eintritt { Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenfesten 30 Pfg. Sonstige Personen 60 Pfg. Kinder und Soldaten zahlen je die Hälfte.

Programm mit Erläuterungen 10 Pfennig. 2801
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung auf Donnerstag, den 16. Juli verschoben.

Vergabung von Bauarbeiten

für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.

Im Auftrage des Stadtrats der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe haben wir für die Erbauung des Ausstellungsgebäudes und des Konzerthauses auf dem alten Festplatz in Karlsruhe die

elektrische Licht- und Kraftanlage

zu vergeben. Angebotsformulare und Bedingungen werden von der örtlichen Bauleitung, Baubüro Festplatz, im Anmeldezimmer von Montag den 13. d. M. bis einschließlich Freitag den 17. d. M. mittags 12 Uhr, soweit solche vorhanden, in den Stunden von morgens 8-12 Uhr und nachmittags 3-6 Uhr kostenlos abgegeben. Die Zeichnungen liegen zur Einsichtnahme im Baubüro auf, abgegeben werden solche jedoch nicht. Die Angebote sind bis zum Samstag den 18. Juli d. J. vormittags 11 Uhr präcise an die örtliche Bauleitung, Baubüro Festplatz, abzugeben dort vorzufertig einzureichen. Die Eröffnung der Offerten erfolgt im Baubüro um 1/12 Uhr in Gegenwart der etwa erschienenen Anbieter.

Karlsruhe den 9. Juli 1914.

Carrel & Moser, Architekten.